ALHAMBRA

ZEITUNG & PROGRAMM

JUNI 06

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00,
Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

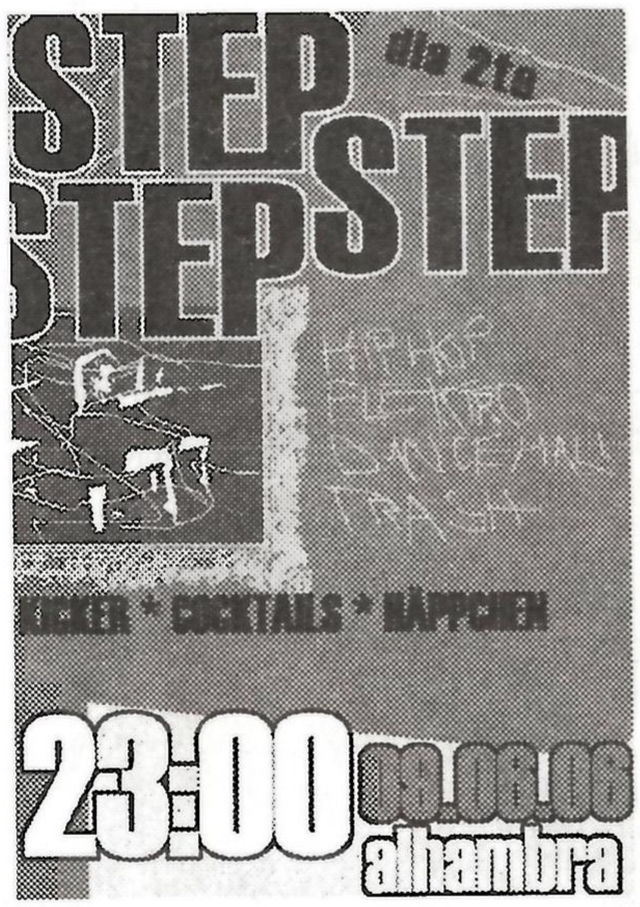
AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt:

Jetzt erst recht!
zur frauendemo am 30.april **Seite 3**
Watt mutt datt mutt
Der 1. Mai 2006 **Seite 4**
Wer Sturm sät ...
der BdV und das Oldenburger Denkmal **Seite 9**
Zur Bleiberechtskampagne.
Flüchtlingspolitik - Zuwanderungsgesetz **Seite 10**
Abwahl der Machos
Die unterschiedlichen Wege von Frauen in Chile und Venezuela aus dem gesellschaftlichen Abseits **Seite 14**
Zu Gast bei Freunden
WM und das Bedrohungsszenario „Zwangsprostitution" **Seite 16**
Deutsche Schleichwege
zur Atombombe **Seite 18**
Sweet Home Antifa
Happy Family **Seite 22**
Plakatkritik:
"Wat mutt dat mutt" **Seite 23**



Veranstaltung zum ehemaligen
Mädchenkonzentrationslagers Uckermark
(nur FrauenLesbenTransgender)
Mittwoch 28.06. 20.30 h, Alhambra

Solidarität mit den angeklagten AntifaschistInnen !

Am **13. Juni um 11 Uhr** muß sich ein weiterer Demo-Teilnehmer im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch am 3.9.05 vor dem Amtsgericht einfinden, der Vorwurf: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch und Körperverletzung.
Kommt zahlreich zu diesem Prozess !

!

zur frauendemo am 30.april

WIR SAGEN WO DER SPASS AUFHÖRT

Wir leben in einer von Männern dominierten und diktiertenWelt, in der Abwertung, Bevormundung und Unterdrückung von Frauen und Gewalt gegen Frauen Realität und Normalität sind.
Um auf diese Ungleichheit aufmerksam zu machen, gab es am Abend des 30.April eine Demonstration durch die Oldenburger Innenstadt.

Unter dem Motto „Wir sagen wo der Spass aufhört - gemeinsam die Strasse zurück erobern" organisierten sich Frauen, die zeigen wollten, dass sie sich mit dem HERRschenden Frauenbild in unserer Gesellschaft nicht abfinden.
Der Vorabend des 1. Mai wurde bewusst gewählt, ist es doch ein traditioneller Tag für Viele und gerade Männer, betrunken und in Pöbellaune durch die Stadt zu ziehen und ist es doch gerade an solchen Abenden für Frauen kaum möglich, allein in die Stadt zu gehen, ohne sich sexistischen Sprüchen, Pfiffen, Beleidigungen oder gar tätlichen Übergriffen auszusetzen.

Um 21:30 Uhr begaben sich ca. 80 Frauen vom Alhambra aus in Richtung Innenstadt. Es wurden Informationsflyer an Umstehende verteilt und die Stadt mit Hilfe von Sprühschablonen und Plakaten verziert. Wie erwartet, war die Innenstadt ziemlich voll. An der Ecke Heiligengeiststraße/Wallstraße kam es dann, wie bereits vor drei Jahren, zu Angriffen auf die Demonstrantinnen, vorwiegend durch alkoholisierte, männliche Jugendliche. Es wurde versucht, die Demo aufzuhalten, es kam zu Schubsereien, frauenfeindlichen, beleidigenden Zurufen, wie „Frauenhass", „Schlampen" oder „Scheiß-Emanzen" und es flogen sogar Flaschen und Aschebecher.
Es gab drei Verletzte Frauen, zwei wurden durch Flaschen am Kopf getroffen, eine erlitt eine Augenverletzung. Im Folgenden wurden die Frauen von den gewalttätigen Jugendlichen verfolgt und weiter angepöbelt. Die Polizei hatte ihren offiziellen „Schutz" am Eingang in die Innenstadt ausgesetzt, griff nicht in die Attacken ein und umschloss den Zug erst beim Verlassen der „heißen Zone" wieder. Solch unterlassender Umgang der Polizei mit der Frauendemo einerseits, sowie die krassen Reaktionen der sich in der Stadt Befindlichen andererseits, reflektieren klar die gesellschaftliche Ausrichtung.

Es wurde sehr deutlich, daß in den Köpfen kaum ein Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß Frauen nach wie vor als Objekte betrachtet und mißbraucht werden, ja sogar, daß ein minimal abweichendes Verhalten, nämlich das selbstbewußte Auftreten einer Gruppe von Frauen, derartige Verstörung und Wut auslösen, daß ohne Skrupel Gewalt angewandt und auch toleriert wird.

Gesellschaft und Erziehung, nicht zuletzt Werbung und Medien, prägen und stärken dieses verachtende Verhalten gegenüber Frauen. Übergriffe und Beleidigungen sind Auswirkungen der vorhandenen und gesellschaftlich gepflegten Rollenverteilung, die Frauen (noch immer) nicht gleichberechtigt.

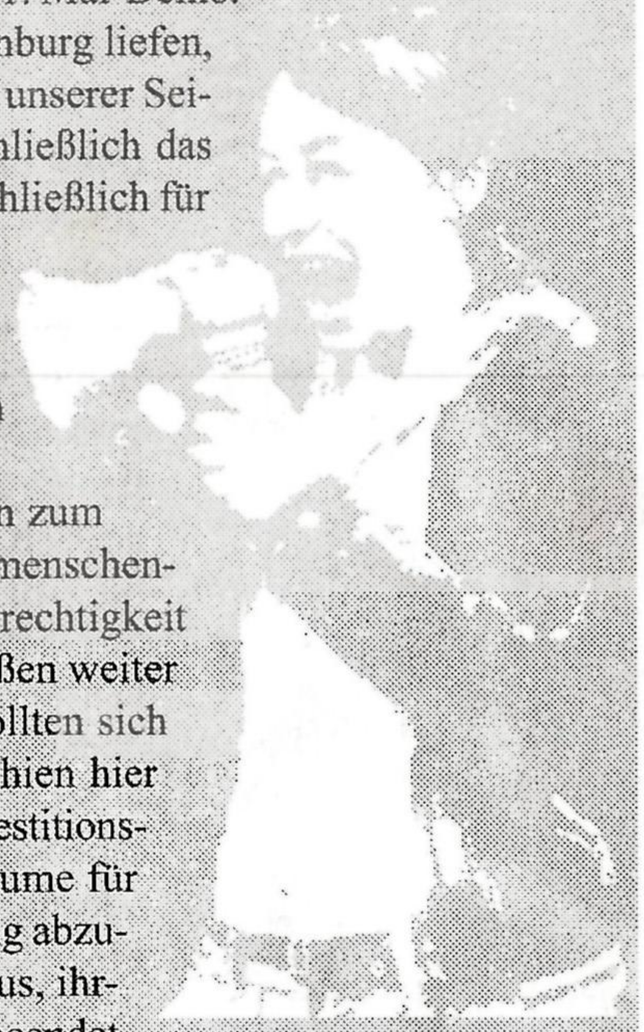
In dieser unserer Welt werden Frauen weiterhin nicht ernst genommen, sie werden belächelt, übergangen, und benachteiligt, mißbraucht und vergewaltigt.
Mann nimmt sich weiterhin das Recht raus, über Frauen zu bestimmen, sie einzuschränken, sie zu bevormunden und zu verletzen.

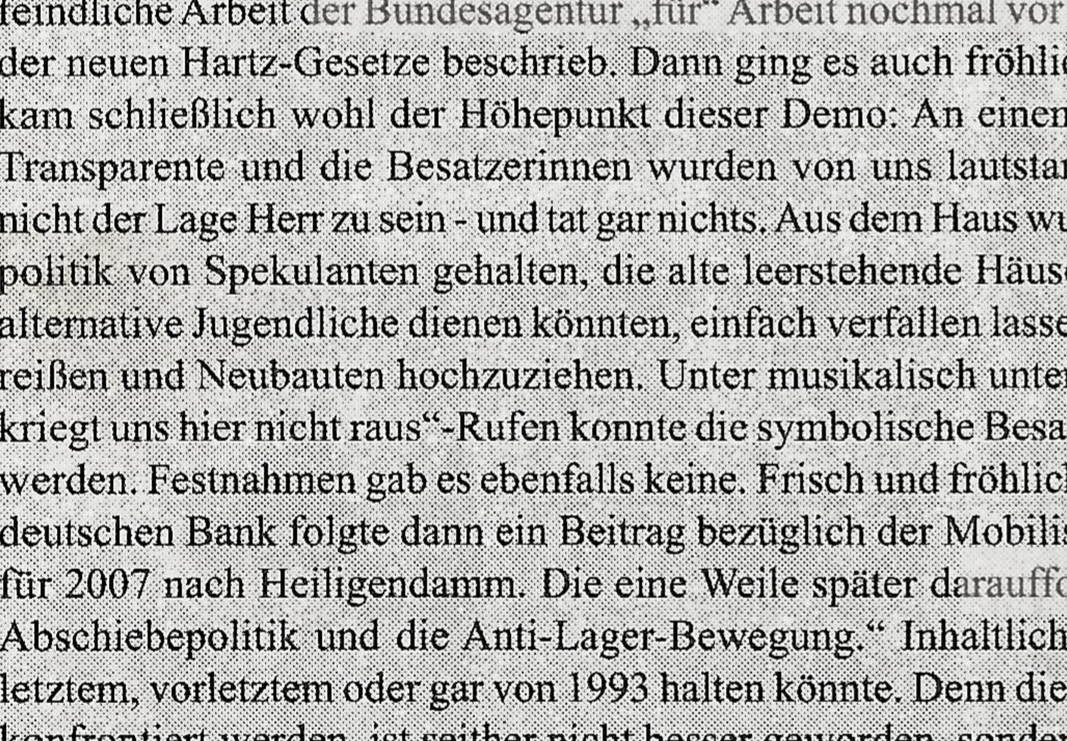
Die Erfahrungen mit dieser Demo zeigen einmal mehr, wie nötig und sinnvoll antisexistische Praxis im Alltag ist und bleibt!
..jetzt erst recht!

EineVonVielen.

JETZT ERST RECHT!

12 Uhr mittags. Eine humane Zeit für eine revolutionäre (und wie immer unangemeldete) 1. Mai-Demo. Während die Gewerkschafterinnen des DGB schon zu nachtschlafender Zeit durch Oldenburg liefen, konnte unsereins die Walpurgisnacht genießen und ausschlafen. Auch das Wetter war auf unserer Seite. Hatte es am Vortag noch A geregnet, gab es nun eitel Sonnenschein, so war uns schließlich das Wetter wohlgesonnen, daran konnten auch die Bullen nichts ändern. So fanden wir uns schließlich für die Auftaktkundgebung in der Kaiserstraße in der Nähe von Bahnhof ein. Die Stimung war gut, und während einzelne Menschen in grün das Ganze beobachteten, wurde der Anfangsredebeitag in mehreren Sprachen verlesen. Begleitet von grünen Gestalten und schöner Musik setzte sich der Demonstrationszug mit mehreren Hundert Teilnehmern nun in Bewegung.Nachdem wir nun eine sonst verkehrlastige Straße zu umweltfreundlicheren Zwecken nutzten, kamen wir auch schon zum Punkt der ersten Zwischenkundgebung. Hier wurde ein Redebeitag verlesen, der uns die menschenfeindliche Arbeit der Bundesagentur „für" Arbeit nochmal vor Augen führte und die Ungerechtigkeit der neuen Hartz-Gesetze beschrieb. Dann ging es auch fröhlich weiter und ein paar Straßen weiter kam schließlich wohl der Höhepunkt dieser Demo: An einem leerstehenden Haus entrollten sich Transparente und die Besatzerinnen wurden von uns lautstark begrüßt. Team Green schien hier nicht der Lage Herr zu sein - und tat gar nichts. Aus dem Haus wurde ein Redebeitrag zur Investitionspolitik von Spekulanten gehalten, die alte leerstehende Häuser, die eigentlich als Freiräume für alternative Jugendliche dienen könnten, einfach verfallen lassen um sie dann kostengünstig abzureißen und Neubauten hochzuziehen. Unter musikalisch unterstützten „Das ist unser Haus, ihrkriegt uns hier nicht raus"-Rufen konnte die symbolische Besatzung ohne Zwischenfälle beendet werden. Festnahmen gab es ebenfalls keine. Frisch und fröhlich setzte sich die Demo nun wieder in Bewegung. Nahe der deutschen Bank folgte dann ein Beitrag bezüglich der Mobilisierung zu den G8-Gipfeln in St.Petersburg und natürlich für 2007 nach Heiligendamm. Die eine Weile später darauffolgende Kundgebung betraf die Themen „Antirassismus, Abschiebepolitik und die Anti-Lager-Bewegung." Inhaltlich merkte der Sprecher an, dass er auch den Beitrag von letztem, vorletztem oder gar von 1993 halten könnte. Denn die Situation mit der Asyl-Suchende und Migrantinnen heute konfrontiert werden, ist seither nicht besser geworden, sondern schlechter. Passend wurde auch auf das vom 5. -7. Juni stattfindende Anti-Lage-Camp bei dem Lager Bramsche-Hesepe aufmerksam gemacht. Schließlich zogen wir Richtung Innenstadt, wobei uns die Hüterinnen von Gesetz und Ordnung den Zugang zu dieser komplett verwehrten, nichtmal ein Eis gegen die Wärme durfte mensch erwerben. Und auch die Hitze war es, die es notwendig machte, dass einE Teilnehmerin mit dem Krankenwagen abgeholt werden musste. Nachdem die Retterinnen wieder gefahren waren, wurde auch noch ein Redebeitrag gehalten, bevor es weiteging.





Inzwischen waren alle Demo-Teilnehmerinnen auch unfreiwillig zu Stars des neuen Polizei-Film „01/057 06-OL" geworden, denn der Kamerawagen war im Einsatz und bedachte uns alle mit dem Ruhm,den wir uns schon immer gewünscht hatten. Noch bevor wir den nächsten Ort einer Kundgebung erreichten, versuchte ein heldenhafter Polizist ein gefährliches, herumliegendes steinähnnlichen potentielles Wurfgschoss aus der Reichweite der Demo-Teilnehmerinnen zu bringen, doch der geballten Kraft der 700 konnte er nicht standhalten. Das

rer Abschlussbeitrag mit der Aufforderung,
doch auch mal den Bullen die Barte zu stutzen. Wat mutt, dat mutt. Gleichermaßen letzte Worte und Motto für eine gelungene Demo. Nach einer Jonglage ging es teilweise im Laufschritt Richtung Alhambra und Straßenfest. Schon kurz nach verlassen des Platzes wurde ein Bullenwagen von mehreren Demonstrantinnen laufend umkreist und Team Green zeigte mal wieder seine Handlungsunfähigkeit bei spontanten und innovativen Aktionen. Die Kinder, die während der Demo auf einem Treckerwagen des Wagenplatzes teilnahmen, konnten sich über eine Hüpfburg freuen, die auch gleich besetzt wurde. Für den Rest gab es eine unvergleichlich tolle Vokü (nochmal Kompliment an alle!) mit Chilli, Reis, Pommes, Crepes, Bananen und einem leckeren Rote-Linsenbrotaufstrich.

Wurfgeschoss blieb wo es war. Als wir schließlich die neue Polizeiwache passierten, folgte ein Redebeitrag über Polizeirepression. Von dieser Repression sind auch viele Antifaschistinnen betroffen, die sich am 3.9. letzen Jahres mutig den Nazis entgegenstellten und nun hierfür bestraft werden sollen. Nun ging es auch zum letzten Ort der Demo, zum Rathausplatz. Wo gestern noch ein Konzert gegen Rechts stattfand, gab es nun die Abschlusskundgebung unserer Demo. Dort gab es Redebeiträge vom kommunalpolitischen Form und Teilnehmerinnen der Frauendemo des vorherigen Abends, die von machohaften Männern angegriffen worden waren. Zu guter letzt folgte ein revolutionä-

Wir sehen uns nächste Jahr! Wat mutt, dat mutt!

REDEBEITRAG ZUR HAUSBESETZUNG VON DEN BESETZERINNEN

Hallo, Hallo, wir haben heute dieses Haus symbolisch besetzt, um auf einige Dinge aufmerksam zu machen und uns mit bedrohten oder gerade geräumten, besetzten Projekten zu solidarisieren.

Zum ersten haben wir dieses Haus bewußt ausgesucht, denn dieses Haus, das der Öffentlichen Versicherung gehört, steht seit mehreren Jahren leer. Da es unter Denkmalschutz steht, ist anzunehmen, das die Öffentliche es solange durch Leerstand kaputtstehen lassen will, bis sie die Genehmigung von der Stadt bekommt, es abreißen zu dürfen. Und das, wo billiger Wohnraum, der über das Wohnklo im Sozialwohnungsblock hinausgeht für immer mehr Menschen unerschwinglich wird.
Gerade in Zeiten, wo Repression und Reglementierung einerseits durch den Staat, in Form von Bullen, Überwachung und asozialen Gesetzen wie Hartz IV für viele spürbar wird. Im Alltag durch Unternehmen wie Lidl, die ihre MitarbeiterInnen drangsalieren und kontrollieren wo,s nur geht; und nicht zuletzt durch die Menschen, die die kapitalistische Verwertungslogik gefressen haben und sie im Alltag andere, die vermeintlich unter ihnen stehen spüren lassen, genau jetzt, fordern wir die Schaffung autonomer Freiräume, in denen Leute ohne Not, solidarisch zusammen Leben und zumindest den Hauch einer anderen Gesellschaft erahnen können, auch im Hier und Jetzt! Wir wollen unsere Lebensräume selbst gestalten, ohne Wuchermieten zu bezahlen oder irgendeinem Vermieter in den Arsch kriechen zu müssen, damit er das Dach abdichtet. Wir wollen nicht isoliert in unserem Wohnklo verzweifeln, sondern Tag für Tag im gleichberechtigten Austausch mit anderen ein Stück der Freiheit schaffen, die wir uns alle erhoffen.
Genug Platz dafür gibt es auch in Oldenburg. Und ein Haus zu besetzen ist gar nicht so schwer, wie mensch sieht. Deshalb lasst uns zusammen alternative Orte schaffen, wo die Revolution nicht nur in unseren Herzen wohnt!

In diesem Sinne: Für selbstverwaltete Lebensräume!
Häuser besetzen, Wagenburgen schaffen!

ersten Prozesse gegen die AntifaschistInnen, die beim Naziaufmarsch im letzten Jahr in die Fänge der Justiz geraten sind.
- Auch in Oldenburg werden Frauen und Kinder verprügelt und vergewaltigt, auch hier nerven sexistische Werbeplakate und auch hier in der Lesben-und-Schwulen-Hochburg ist der Mainstream homophob.
- Das Arbeitsamt schikaniert auch in Oldenburg, kürzt den Betroffenen die Kohle, zwingt sie zu 1-Euro-Jobs und erniedrigenden Maßnahmen und versucht sie aus ihren angeblich zu luxuriösen Wohnungen zu treiben. Zeitarbeitsfirmen, Handelsketten, Betriebe und auch die Stadt ziehen auch hier die Daumenschraube an und kürzen immer weiter die Gehälter. Einer sozialen Einrichtung nach der anderen werden die Gelder gestrichen, städtische Betriebe privatisiert und im Gegenzug Finanzgeschenke an Projekte wie das ECE verteilt.
- Unser Freund-und-Helfer stört nicht nur die Kreise unserer Demo, sondern auch den sowieso schon harten Alltag von anständigen Ladendieben, MietprellerInnen, SchulschwänzerInnen, Illegalisierten, DrogenuserInnen und GrafittikünstlerInnen. Und auch hier ruft der Bürgermob nach noch mehr Kontrolle, Videoüberwachung und zusätzlichen Schergen in grün, beziehungsweise blau.
... und, und, und - was soll mensch dazu sagen - alles große Scheisse!

Natürlich ist klar, dass wir den ganzen Kack noch nicht einfach wegspülen können, aber wir können ordentlich drin rumrühern. Und kleine Erfolge müßten wir doch wohl erzielen können. Das wär doch besser als nichts.

Also reißen wir die Zäune in Blankenburg nieder, sabotieren wir das Militär, stopfen wir den RassistInnen und Revanchistinnen das Maul, stutzen wir den Bullen ihre Bärte, schikanieren wir das Arbeitsamt, machen wir jede Lohnkürzung teuer - machen wir kaputt, was uns kaputt macht und nehmen wir uns, was wir brauchen.

LASST ES UNS ZUMINDEST VERSUCHEN. UND LASST ES UNS ZUSAMMEN VERSUCHEN.

WAT MUTT DAT MUTT!

["sudetendeutsche" bejubeln die wehrmacht 1938]

Wer Sturm sät ...

der Bund der Vertriebenen und das Oldenburger Denkmal

Seit dem Ende des deutschen Vernichtungskrieges waren gerade fünf Jahre vergangen, als die Funktionäre der Verbände der aus Osteuropa ausgesiedelten Deutschen 1950 die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" verabschiedeten. Sie ist die bis heute gültige Doktrin des Bundes der Vertriebenen. „Die Völker der Welt sollen", so heißt es in der Charta, „ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden." Man muß diesen Satz zweimal lesen, um seine Ungeheuerlichkeit ganz zu erfassen. Hier wird allen Ernstes behauptet, dass die deutschen Vertriebenen die am stärksten betroffene Opfergruppe des Zweiten Weltkrieges gewesen seien, nicht die drangsalierten und getöteten Millionen Polen oder Russen und schon gar nicht die sechs Millionen ermordeten Juden. Diese Sätze zeugen von einer Verantwortungslosigkeit, die bis heute anhält und für die der Bund der Vertriebenen bis heute steht. Aktuelle Beispiele sind die Forderungen des BdV der Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung in Berlin und eines Denkmals für die deutschen Vertriebenen in Oldenburg. Hier, wo bis heute am Bahnhof eine Gedenktafel oder ein Mahnmal für die aus und über Oldenburg deportierten Juden und Sinti fehlt, wo die Stadt an keiner Stelle öffentlich der von ihre versklavten Zwangsarbeiterinnen gedenkt, geschweige denn sie zu entschädigen, will sich der Bund der Vertriebenen vom Stadtrat ein Denkmal setzen lassen. Als die Vorsitzende der Oldenburger Jüdischen Gemeinde ein solches Denkmal in der Nähe der in der Reichspogromnacht 1938 von den Oldenburgern niedergebrannten Synagoge ablehnte, nannte sie der ehemaliger Oldenburger Oberbürgermeister Milde als Vertreter der vom BdV angeführten Denkmalsinitiatoren „selbstgerecht". Damit öffnete er dem Antisemitismus Tür und Tor. Doch die Verantwortlichen der Stadt treten auch jetzt noch nicht dem BdV entgegen, im Gegenteil: Sie suchen weiter nach einem Standort für ein solches Denkmal der Geschichtsvergessenheit und Verantwortungslosigkeit.

Wer im Text der bis heute für die Politik des BdV leitgebenden Charta von 1950 nach den Initiatoren des deutschen Eroberungskrieges und seiner Folgen sucht - nach Hitler, Himmler, Heydrich -, wer erwartet darin auf München 1938 zu stoßen, die Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei im März 1939 oder den deutschen Überfall auf Polen am I. September 1939, der fahndet danach ebenso vergebens wie nach dem kleinsten Beispiel für die Verbrechen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft in den von ihr besetzten Ländern. Kein Deutscher wäre je aus Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und der Sowjetunion ausgesiedelt worden, hätte das nationalsozialistische Deutschland diese Länder nicht überfallen und die dort lebenden Menschen millionenfach ermordet. Das heißt: Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen blendet die Vorgeschichte der Vertreibung restlos aus. So kann es nicht verwundern, dass eine Gruppe darin überhaupt nicht auftaucht - die Vertriebenen der ersten Stunde, Nichtjuden und Juden, die nach dem 30. Januar 1933 aus berechtigter Furcht um Leib und Leben aus Deutschland flohen. Der Gedanke an sie hat die Väter des angeblich „bedeutendsten Dokuments der Nachkriegszeit", dieses „Grundgesetzes der Heimatvertriebenen" nie auch nur angeflogen. Nirgends erwähnt wird die massenhafte Beteiligung der Königsberger und Breslauer Bevölkerung an der Entrechtung, Ausplünderung und Deportation Zehntausender jüdischer Bürger dieser Städte. Nirgends erwähnt wird die Beteiligung der „Volksdeutschen" in den Einheiten des „Volksdeutschen Selbstschutzes" an Massenhinrichtungen polnischer Bürger nach der Besetzung des Landes. Von den Funktionären des Bundes der Vertriebenen und von mit ihnen sympathisierenden Politikern wird die Charta bis heute immer wieder als Dokument der „Versöhnlichkeit" gepriesen. So äußerte sich z. B. der damaligen Bundeskanzler Schröder im August 2000. In Wahrheit stellt die Charta jedoch - so der Frankfurter Professor Micha Brumlik -eine Ungeheuerlichkeit dar, den Inbegriff all dessen, was jemals als „Unfähigkeit zu trauern" gelten konnte. Aktuell mögen der BdV und seine Landsmannschaften vielleicht ihre Rhetorik geändert haben - sie reden heute oft von allgemeinen Menschenrechten, Genoziden und Vertreibungsverbrechen weltweit. Von ihren revisionistischen Zielsetzungen haben sie sich jedoch nicht verabschiedet. So fordert der BdV von der tschechischen Regierung weiter die Rücknahme der Benes-Dekrete, in denen die Enteignung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei festgelegt wurde. Zudem hat die in Oldenburg stark vertretene Landsmannschaft Schlesien die „Preußische Treuhand" gegründet, um mit ihr Eigentumsansprüche gegenüber Polen einzuklagen.

Als die Vorsitzende der Oldenburger Jüdischen Gemeinde ein solches Denkmal in der Nähe der (...) niedergebrannten Synagoge ablehnte, nannte sie der ehemaliger Oldenburger Oberbürgermeister Milde als Vertreter der (...) Denkmalsinitiatoren „selbstgerecht". Damit öffnete er dem Antisemitismus Tür und Tor.

Dokumentation des Flugbkattes zur Veranstaltung mit Erich Später (Saarbrücken) am 9. Mai 2006 im PFL. Der Referent ist Autor des Buches „Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft", Hamburg 2006 und hat wiederholt über den Bund der Vertriebenen publiziert. VeranstalterInnen waren die Geschichtswerkstatt Oldenburg und das Dritte-Welt-Informations-zentrum, mit freundlicher Unter-stützung des AStAs der Carl-von-Ossietzky-Universität.

Zur Bleiberechtskampagne

Flüchtlingspolitik nach dem neuen Zuwanderungsgesetz

Seit der Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes hat sich die Situation für Flüchtlinge in Deutschland weiter verschlechtert. Die Gesetze werden von Seiten der Ausländerbehörden restriktiv ausgelegt und der Flüchtlingsschutz wird immer mehr den ökonomischen Logiken der Nützlichkeit von Flüchtlingen untergeordnet.
Bei der Verwaltung von Flüchtlingen werden allerdings keine Kosten gescheut, sie hat die konsequente Abschreckung zum Ziel. Auch wenn mittlerweile die Anträge auf Asyl in großem Maßstab zurückgegangen sind, nehmen die Ausgrenzungen von Flüchtlingen und ihre behördliche Kontrolle immer schärfere Formen an.
Im Jahre 2005 wurden nur noch 42.908 Anträge auf Asyl gestellt, davon waren 28.914 Erstanträge, also Anträge von Flüchtlingen, die neu ins Land gekommen sind. Die Anerkennungsquote liegt derzeit bundesweit bei 0,9 %, nur 411 Flüchtlinge konnten letztes Jahr Asyl erhalten. Und selbst die Anerkennung des Asyls bedeutet nicht mehr, dass eine langfristige Sicherheit besteht in Deutschland eine Existenz aufzubauen. Denn mittlerweile werden die Personalressourcen die im Bundesamtes frei gewordenen sind, weil nicht mehr so viele Flüchtlinge Asyl beantragen, dafür genutzt, Aberkennungsverfahren gegen ehemals anerkannte Asylbewerber zu betreiben. Geprüft wird ob sich die Bedingungen in den Heimatländern geändert haben und daher die Asylberechtigten wider in ihre Verfolgerländer geschickt werden können. Begonnen wurden Verfahren gegen Menschen, aus solchen Ländern, wo nach den kriegerischen Interventionen der westlichen Staaten jetzt definitionsgemäß Frieden herrschen soll. Betroffen sind beispielsweise Flüchtlinge aus Afghanistan oder aus dem Irak.
Die derzeitigen Restriktionen in der Migrationspolitik haben dazu geführt, dass im Jahr 2005 von Deutschland aus etwa 9000 irakische Flüchtlinge in die Niederlande flohen. Darunter sind viele, denen nach jahre- oder jahrzehntelangem regulärem Aufenthalt in Deutschland die Asylanerkennung per Widerrufsverfahren aberkannt wurde. Aus Angst vor der rigorosen Abschiebepraxis Deutschlands suchten sie Schutz an anderen Orten. Ebenfalls flohen im Jahr 2005 6000 Roma aus dem Kosovo von Deutschland nach Frankreich in der Hoffnung, den katastrophalen Zuständen zu entgehen, die im Falle einer Abschiebung im Kosovo auf sie warten. Auch mehren sich die Fälle von afghanischen Flüchtlingen, die aus Deutschland in skandinavische Länder weiterfliehen und im Rahmen der europäischen Rücknahmeverfahren wieder zurückgeschoben werden. Viele von ihnen sitzen in den Abschiebegefängnissen Norddeutschlands.
Sie alle erhofften sich hier Schutz vor Verfolgung. Trotz unsicherer Lage in den Heimatländern und jahrelangem Aufenthalt in Deutschland erhalten diese Menschen bisher kein Bleiberecht, sondern sind von Abschiebung bedroht.

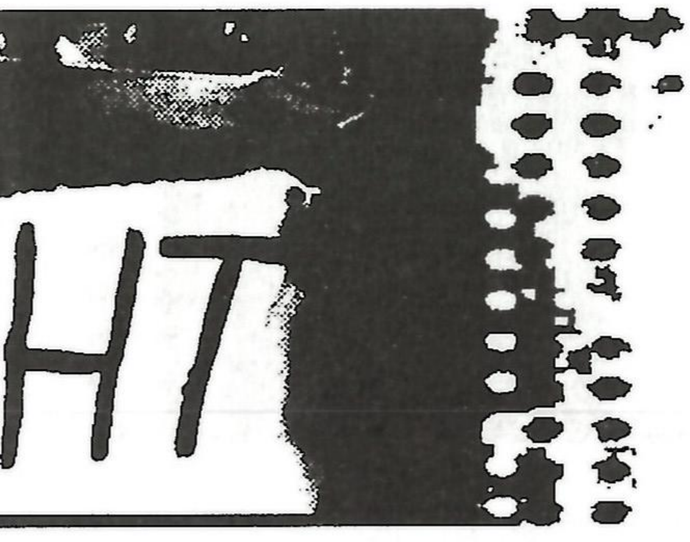
Diese Zahlen zeigen, dass sich die Migrationspolitik mit Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes noch einmal verschärft hat. Viele der professionell arbeitenden Flüchtlingsorganisationen, hatten sich zu Anfang der Debatte um das neue Zuwanderungsbegrenzungsgesetz noch Vorteile von diesem versprochen. Sie sind nun ernüchtert und wünschen sich den alten Rechtszustand sowie eine „liberalere" Politik der Ausländerbehörden zurück.

Von Abschiebung bedroht

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz hat sich ebenfalls keine Perspektive für die langjährig geduldete Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Der Missstand der Kettenduldungen wurde nicht abgeschafft. Die meisten Flüchtlinge leben über Jahre hinweg mit einem absolut unsicheren Aufenthaltsstatus. Mit einer Duldung leben bedeutet unter anderem:

- Nur einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt zu haben.
- Keinen Anspruch auf eine Wohnung zu haben
- Keinen Anspruch auf Sozialhilfe zu haben und stattdessen noch verminderte Zuwendungen Ayslbewerberleistungsgesetz zu erhalten, was etwa 30 % weniger als der Sozialhilfesatz ist.
- Zudem werden diese Leistungen in Form von Gutscheinen und Lebensmittelpaketen bezogen, der ausgezahlte Bargeldsatz entspricht einem Taschengeld.
- Sie unterliegen dem Residenzpflichtgesetz, können also ihren Landkreis oder das Bundesland nur verlassen wenn dies behördlich genehmigt ist.

Die Duldung wird ca. alle 3 oder 6 Monate verlängert. Sie bedeutet, dass der/die Inhaber/in jederzeit ausreisepflichtig ist. Mit einer Duldung leben heißt Leben auf Abruf. Auch wenn mit dem neuen Zuwanderungsgesetz die Möglichkeit besteht, langjährig geduldeten Flüchtlingen einen gefestigten Aufenthaltsstatus zu gewähren, wird dieser Paragraph von den Ausländerbehörden nicht angewandt. Die Durchführungsbestimmung des Bundesamtes für Flucht und Migration sieht das nicht vor. Offensichtlich will man die geduldeten Flüchtlinge jetzt nach und nach aus dem Land schaffen, statt ihnen eine Perspektive zu geben.
Auf den halbjährlich stattfindenden Innenministerkonferenzen wurde schon mehrfach über eine Bleiberechtsregelung debattiert. Die Vorschläge hätten allerdings nur für einen kleinen Teil der Betroffenen einen verfestigten Aufenthaltsstatus bedeutet, da die Hürden für



ein Bleiberecht so hoch gehängt werden, dass sie von kaum einem Flüchtling erreicht werden können. Aber selbst so eine restriktive Regelung wurde bisher nicht beschlossen, sondern immer wieder vertagt. Solange man keine Regelung beschließt, kann weiter Abgeschoben werden und somit verringert sich der Kreis der Anspruchsberechtigten noch mehr.

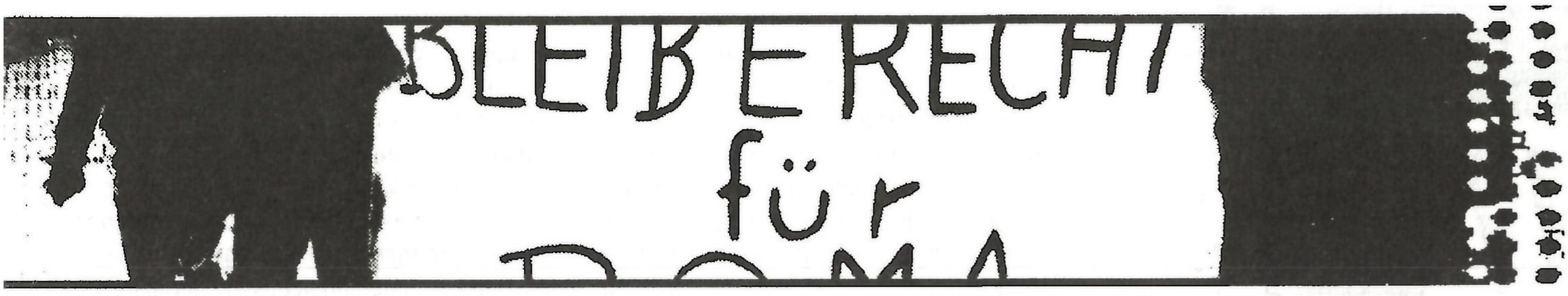
In Deutschland leben zur Zeit ca. 200.000 Flüchtlinge mit einem Duldungsstatus. Wenn von langjährig geduldeten Flüchtlingen die Rede ist, rechnet man mit der Zahl von 173.323 Personen, weil so viele Menschen mit einem Duldungsstatus schon länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Die Bleiberechtskampagne von Pro Asyl setzt hier an und fordert eine Perspektive für diese Menschen. Ihr Kriterium ist ein fünfjähriger Aufenthalt für Flüchtlinge, in besonders begründeten Fällen soll es ein Bleiberecht auch unterhalb der 5 Jahresgrenze geben.
Um dieses noch mal auf die Ebene für Niedersachsen herunterzubrechen, dort beträgt die Zahl der Geduldeten 25.471, wobei 15.062 Menschen seit mehr als 5 Jahren hier leben.
Von einigen Flüchtlingsgruppen wird diese Kampagne allerdings kritisiert, weil sie nur für einen Teil der Flüchtlinge eine Perspektive bietet. Denn nicht alle Flüchtlinge die eine Duldung haben sind fünf Jahre hier.
Nimmt man dann noch die Flüchtlinge hinzu, die nach dem neuen Zuwanderungsgesetz nur noch eine Grenzübertrittsbescheinigung ausgestellt bekommen haben und damit nicht einmal mehr einen Aufenthaltsstatus besitzen, sondern nur noch ein Papier auf dem vermerkt ist, dass sie irgendwann einmal in die BRD eingereist sind, dann erhöht sich die Zahl auf 362.000 Menschen die unter eine Bleiberechtsregelung fallen würden. Das Innenministerium zählt diese Gruppe von Menschen die eine Grenzübertrittsbescheinigung haben zusammen mit denjenigen, die den Duldungsstatus inne haben, als „Ausreisepflichtige Personen" in ihren Statistiken. Auch diese Flüchtlinge sollten von der Bleiberechtsregelung erfasst werden. Daher hat sich unter der Forderung „Papiere für Alle" eine Bleiberechtskampagne gegründet, die diese Gruppe von Flüchtlingen mit einschließt. Zu dem leben ca. 500 000 Menschen „illegal", d.h. ohne Papiere in Deutschland. Ihre Lebensbedingungen sind prekär, sie sind in der Regel von allen sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen, weder das Gesundheitswesen kümmert sich um sie noch die staatlichen Wohlfahrtsstellen. Sie sind den Forderungen ihrer Arbeitgeber ausgeliefert und können keinen Rechtsschutz einklagen. Sich unter diesem Bedingungen eine Perspektive in dieser Gesellschaft aufzubauen ist nur schwer möglich. Die Bedingungen und Verhältnisse unter denen die so genannten „Illegalen" in Deutschland leben, müssen endlich öffentlich thematisiert werden. Sie brauchen eine Perspektive, und die kann nur heißen: Papiere für alle!

Ein Bleiberecht muss her!

Uns geht es darum, für diese Menschen ein Bleiberecht zu erkämpfen, das seinen Namen verdient. Bei allen Bleiberechtsregelungen die es bisher gab, wurde immer wieder mittels verschiedenen Kriterien zwischen berechtigten Flüchtlingen und den anderen unterschieden, was die Kämpfe für eine Bleiberechtsregelung für alle geteilt hat. Eine solche „Teile und Herrsche" Strategie ist auch diesmal wieder zu erwarten. Auf der vorletzten Innenministerkonferenz in Karlsruhe im Dezember 2005 wurden von einzelnen Ländern mehrere Vorschläge für eine Bleiberechtsregelung gemacht. Herausragend war dabei fast immer das Kriterium der ökonomischen Integration in den Arbeitsmarkt. Die Flüchtlinge sollten nachweisen, dass sie ihre Familien aus eigenen Stücken finanzieren und dem Sozialsystem nicht zur Last fallen. Dieses Kriterium ist besonders widersinnig, da in den meisten Bundesländern die Flüchtlinge aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt wurden mit der Begründung, sie würden ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen. Auch in Niedersachsen verloren viele Flüchtlinge ihre Arbeit, weil die Ausländerbehörden ihnen die Arbeitserlaubnis wegen mangelnder Mitwirkung bei der Passbeschaffung entzogen. Gleiches gilt auch für den Bezug von Sozialhilfe, der nach dreijährigem Aufenthalt für Flüchtlinge eigentlich gewährt werden sollte. Behördlicherseits werden hier zumeisst nur die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt, weil die Betroffenen angeblich ihrer Ausreispflicht nicht nachkommen.
Auch die Kinder der Familien, die über 20, 15 oder 10 Jahren hier leben und hier zur Schule gehen, können nach Beendigung der Schule nur dann eine Genehmigung

Veranstaltungstip:

Nach dem Film „No Lager Nowhere" (Berlin 2005) über Widerstandsaktionen gegen Flüchtlingslager und Abschiebeknäste gibt es Informationen über die aktuelle Situation im Lager Blankenburg. Im Anschluss wollen wir diskutieren, was hier in Oldenburg möglich ist, was schon gelaufen ist, was gut oder schlecht war und wie es weiter gehen soll.



durch die Ausländerbehörde für eine Berufsausbildung erhalten, wenn sie ihrer „freiwillig Ausreisen" nach dem Ende der Lehre zustimmen.

Flüchtlingspolitik in Niedersachsen

Flüchtlinge haben es in Niedersachsen mit unserem neuen Innenminister Schünemann sehr schwer, er hat während seiner Amtszeit viele Verschärfungen zu verantworten, die den Ausreisedruck auf die Flüchtlinge erhöhen. Dazu zählen unter anderem auch eine Blockade der Bleiberechtsregelungen für sogenannte „Altfälle". Er ist in der Koalition der Hardliner in der Ausländerpolitik. Zusammen mit Innenminister Beckstein aus Bayern hat er auf der Innenministerkonferenz im Dezember 2005 eine Bleiberechtsregelung kategorisch abgelehnt. Seine Begründung dafür war rein ökonomischer Natur. In der Zeitung rechnete er vor, dass ein Flüchtling der 40 Jahre alt ist und mit seiner Familie hier lebt, nur noch 27 Jahre in Billiglohnverhältnissen arbeiten könnte und damit keinen selbsttragenden Rentenanspruch mehr aufbauen könnte. Daher und wegen der Arbeitsmarktbedingungen hält er es volkswirtschaftlich für schädlich, solche Flüchtlinge im Land zu belassen – sie müssten ja früher oder später Leistungen aus den Sozialkassen erhalten. Ihre Kinder allerdings, schlägt Schünemann vor, könnten, wenn sie nicht schlecht in der Schule sind und hier schon über Jahre gelebt haben, vielleicht wieder einreisen, da diese ja hier eine Ausbildung erhalten haben und das Geburtenproblem in Deutschland reduzieren könnten. Sie seien ja auch nicht verantwortlich für die kriminellen Handlungen ihrer Eltern, die hier über das Asylrecht einen Aufenthaltstitel erschleichen wollten und sich nun weigern das Land wieder zu verlassen.

Schünemanns Argumentation, die hier nur dem Sinn nach wiedergegeben ist, paart eine ökonomische Verwertungslogik mit der Unterstellung, dass alle Flüchtlinge sich durch kriminelle Handlungen einen Aufenthaltstitel erschleichen wollen. Nach seiner Logik ist also schon das Stellen eines Asylantrags eine kriminelle Handlung.

Schünemann hat auch zu verantworten, dass die Lagerunterbringung von Flüchtlingen in Niedersachsen zum Regelfall geworden ist. Eine Umverteilung in Wohnungen und dezentrale Einrichtungen findet kaum noch statt. Das Kalkül dieser Politik ist, dass je geringer der Kontakt zur Nachbarn und Bevölkerung, je weniger externe Beratungsstellen aufgesucht werden und desto mehr Druck durch die unsäglichen Lagerbedingungen aufgebaut werden kann, desto eher entscheiden sich Flüchtlinge für eine „freiwillige Ausreise" oder tauchen in die Illegalität ab. Letzteres ist für den Verwaltungsapparat ebenso ein Erfolg, da diese Menschen dann vom Sozial- und Gesundheitssystem ausgeschlossen sind, also nicht mehr als „Kostenfaktoren" in den Statistiken auftauchen.

Roma Solidaritätsbündnis Nord-West
Wer wir sind!

Roma und andere Minderheiten aus Ex-Jugoslawien leben seit vielen Jahren in Deutschland, nachdem sie vor Bürgerkrieg, rassistischer Ausgrenzung und Verelendung geflohen sind. Die Kinder gehen hier zur Schule und haben hier Freunde. Dennoch werden die Aufenthaltspapiere der Menschen – sogenannte „Duldungen" – in der Regel nur alle 3 – 6 Monate verlängert, Arbeitserlaubnisse werden nicht ausgestellt. Dadurch werden Roma - wie viele andere Flüchtlinge in Deutschland auch - gezwungen, ein unsicheres Leben unterhalb des Existenzminimums zu führen. Es ist weiterhin zu befürchten, dass viele Roma in den kommenden Jahren in den Kosovo abgeschoben werden sollen. Dort erwartet die Deportierten ein Leben in Slums, ohne Arbeit und Einkommen und voller Angst vor neuen Pogromen.

Seit Sommer 2005 gibt es das Solidaritätsbündnis Roma Nord-West. Wir treffen uns regelmäßig ca. alle 2 Wochen in Oldenburg in der ALSO-Halle (Kaiserstr. 19). „Wir" das sind von Abschiebungen bedrohte Roma aus dem Kosovo/ Serbien-Montenegro und deutsche UnterstützerInnen. Viele Flüchtlinge aus Wilhelmshaven, Wittmund, Aurich oder Bad Zwischenahn haben sich zusammen getan, um sich gemeinsam gegen die Abschiebungen zu wehren und für ein sicheres Bleiberecht in Deutschland und ein Leben in Würde zu kämpfen. Es wurde bereits eine große Demonstration in Oldenburg durchgeführt und durch Gespräche und Veranstaltungen versucht, Druck auf die verantwortlichen PolitikerInnen auszuüben. Deutsche UnterstützerInnen stehen dabei den Roma solidarisch zur Seite, indem sie mit ihnen Aktionen planen und konkrete Hilfe leisten, z.B. Kontakte zu RechtsanwältInnen vermitteln. Die UnterstützerInnen arbeiten dabei politisch unabhängig (sind also keiner Partei zugehörig) und ehrenamtlich, d.h. sie bekommen keine Geld für ihre Arbeit.

Wir wollen in den kommenden Monaten weiterhin die Öffentlichkeit auf die besonders bedrohliche Lage der stark vom Rassismus betroffenen Minderheit der Roma aufmerksam machen und für ein Bleiberecht für alle geduldeten Flüchtlinge kämpfen. Trotz der verzweifelten Lage sind wir optimistisch, dass wir politisch etwas erreichen können, wenn wir uns zusammen tun und gemeinsam kämpfen. Wir freuen uns auf neue Leute, die an unserem Treffen teilnehmen möchten.

Kontakte e-mail: roma-buendnis-nordwest@web.de

Zudem hat Schünemann die Abschiebepraxis in Niedersachsen verschärft. Zu Beginn seiner Amtsperiode schaffte er den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ab, der zwischen den Maßnahmen der Abschiebung und den Persönlichkeitsrechten der Flüchtlinge vermitteln sollte. Für Niedersachsen bedeutet das, dass Abschiebungen ohne vorherige Ankündigung stattfinden. Die Polizei kommt überfallartig in der Nacht zu den Unterkünften der Flüchtlinge, nimmt ihnen die Handys ab, damit sie keinen Rechtsanwalt verständigen können und konfisziert die Wertsachen um die Kosten der Abschiebung zu verringern. Die Flüchtlinge werden dann meist in Sammelflügen in ihre tatsächlichen oder behaupteten Heimatländer deportiert. Auf diese Weise wurden im letztes Jahr ca. 2000 Menschen aus Niedersachsen abgeschoben.
Schünemann ist mittlerweile zu einem Roten Tuch für viele Verbände und Organisationen geworden, die sich mit Flüchtlingspolitik auseinandersetzen. Auch die Kirche kritisiert seine starre Haltung.

Das Roma Bündnis NordWest arbeitet ebenfalls gegen diese restriktive Flüchtlingspolitik. Wir fordern eine Bleiberechtskampagne, die alle Flüchtlinge einbezieht. Unter der Parole „Papiere für Alle" wollen wir deutlich machen, dass wir die Politik des „Teile und Herrsche" in Bezug auf die Flüchtlinge nicht hinnehmen werden. Wir sind uns bewusst, dass eine Bleiberechtsregelung dennoch immer nur einige Familien von Flüchtlingen betreffen wird. Um die Diskussion in Niedersachsen voranzutreiben, haben wir eine Resolution entworfen, die in den Stadt- und Kreisparlamenten von Parteien eingebracht werden und die Forderung nach einer Bleiberechtsregelung unterstützen soll. Wir wollen mit der Kampagne eine Debatte über das Bleiberecht vorantreiben und auf politischer Ebene Druck machen für eine großzügige Entscheidung.
Leider gehen in der BRD nicht mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße, um ein Bleiberecht zu fordern wie es zur Zeit in den USA der Fall ist. Dort werden die neuen Gesetze zur Flüchtlingsabwehr von einer Massenprotestbewegung abgelehnt. Auch hier in der BRD ist es an der Zeit, dass die Gesellschaft das Menschenrecht auf Flucht verteidigt.

Roma Bündnis NordWest

Aktionstip:

Abschiebelager Bramsche-Hesepe dichtmachen!

05. -07. Juni 2006

Aktionstage gegen das Abschiebelager Bramsche

„Wir wollen nicht im Lager leben" - unter diesem Motto werden Flüchtlinge des Abschiebelagers Bramsche-Hesepe vom 5.-7. Juni zusammen mit AktivistInnen des NoLager-Netzwerks ein dreitägiges Protestcamp außerhalb des Lagerzauns errichten. Mit Veranstaltungen, Hearings und Aktionen soll die Öffentlichkeit nicht nur über die Situation der Flüchtlinge im Abschiebelager selbst informiert werden - einschließlich der jüngsten Repressionen und Auseinandersetzungen. Auch die europäische Lager- und Migrationspolitik wird einmal mehr öffentlicher Kritik ausgesetzt sein. Zentrale Forderung der Aktions- bzw. Lagerboykottage ist die sofortige Schließung des Abschiebelagers Bramsche-Hesepe! Große Demo: Dienstag, 6. Juni, 16 Uhr Osnabrück

Infos unter: www.nolager.de

Abfahrt aus Oldenburg zur Demonstration gegen das Abschiebelager Bramsche in Osnabrück am Dienstag, den 06.06.06 um 13 Uhr Busbahnhof (ZOB) Oldenburg

Isolation aufbrechen!

Abwahl der Machos

Die unterschiedlichen Wege von Frauen in Chile und Venezuela aus dem gesellschaftlichen Abseits

Frauenbewegungen in Lateinamerika waren Teil des Widerstandes gegen die Militärdiktaturen und die neoliberalen Regierungen. Jetzt sind in vielen Ländern linke Regierungen am Ruder. Damit rückt zwar auch das Thema »Gender« stärker in den politischen Alltag, die machistischen Strukturen sind jedoch hartnäckig.

von **Juliane Schumacher** und **Anne Friebel**

Der Internationale Frauentag hat in vielen Ländern Lateinamerikas eine lange Tradition: 1910 von der Sozialistin Clara Zetkin ins Leben gerufen, wurde der 8. März bereits 1934 in Venezuela und zwei jähre später auch in Chile von Frauengruppen mit Konferenzen und Demonstrationen begangen. Selbst unter der Diktatur Pinochets ab 1978 fanden in Chile Veranstaltungen zum Frauentag statt - trotz starker Repression.

Im Jahr 2006 ist alles anders, größer, fröhlicher. »Wie ein wahr gewordener Traum« ist es für die Abgeordnete Adriana Munoz, »dass wir an diesem 8. März ruhig in den Straßen feiern können, der noch nicht erkämpften Rechte und der immer noch alltäglichen Diskriminierung gedenken, aber zugleich eine so bedeutende Errungenschaft hochhalten wie eine Frau zur Präsidentin zu haben.« Mehr als 150 Organisationen haben zu einem gemeinsamen Festakt auf der Prachtstraße Alameda in Santiago eingeladen. Internationale Künstlerinnen geben Konzerte. Michelle Bachelet nimmt an der Feier teil, drei Tage bevor sie am 11. März als erste Frau des südamerikanischen Kontinents ihr Amt als Präsidentin antritt.

Am 15. Januar gewann die Kandidatin der Mitte-links-Koalition Concertaciön die Stichwahl gegen den Unternehmer Sebastian Pihe-ra. Seither herrscht unter Chiles Frauen eine vorher kaum zu erahnende Euphorie: »Das ist der Triumph aller Frauen der Region«, jubelt die Feministin Marisa Matamala, »und der Triumph der chilenischen Frauen, die wir Jahrzehnte gearbeitet haben, um den scheinheiligen Sexismus dieses Landes aufzubrechen...«

Chile ist auf einmal Vorreiter - und scheint davon selbst am meisten überrascht zu sein. In den letzten Jahren hat sich das Land mit seiner neoliberalen Politik in der Region isoliert. Regionalen Bündnissen zieht es die guten Beziehungen mit den USA und der EU vor. Chile ist das Musterland des Wirtschaftswachstums - eines Wachstums, das es nach Brasilien zum Land mit den größten Disparitäten zwischen Arm und Reich gemacht hat. Mit der Wahl Bachelets ist unversehens ein Thema in die Öffentlichkeit gerückt, das zu den sonst vorherrschenden Diskursen wenig passt. Der Kampf für Frauenrechte und Emanzipation wirkt seltsam deplaziert in einem politischen Klima, in dem versucht wird, mit Schlagwörtern wie »Wettbewerb« zu punkten.

Neben dem Widerspruch

In der Aufbruchsstimmung Ende der 1960er Jahre waren auch in Lateinamerika zahlreiche Frauengruppen entstanden. Sie eröffneten Diskussionen über Unterdrückung, Machismo und die Rollen der Geschlechter. Viele dieser uneinheitlichen, widersprüchlichen und vielerseits kritisierten Diskussionen gingen nicht über die bürgerliche Mittelschicht hinaus. Gerade in den radikaleren linken Bewegungen ordneten viele Frauen ihre Forderungen den scheinbar drängenderen Fragen des Klassenkampfes unter.

Die Zeit der relativen Offenheit fand mit der Errichtung brutaler Militärdiktaturen ab Mitte der 1970er Jahre ein abruptes Ende. Traditionalistische Vorstellungen von Familie und festen geschlechtlichen Rollenmustern prägen Gesellschaften wie in Chile bis heute. Die Repression erschwerte oder verhindertedie Fortsetzung der bisherigen Arbeit, brachte zugleich aber neue Formen der Organisierung hervor. Viele der Gruppen, die nach verschwundenen Angehörigen suchten und Gerechtigkeit gegenüber den herrschenden Regimes forderten, bestanden ganz oder zu einem großen Teil aus Frauen.

In den Umbruchsphasen, die dem Ende der Diktatur und dem Übergang zu Demokratie folgten, hatten Diskussionen über Menschenrechte ein großes Gewicht. Auch feministische Forderungen fanden viel Widerhall und wurden teils juristisch umgesetzt. Es war eine Zeit, in der die grundlegendsten demokratischen Rechte erst wieder erkämpft werden mussten. Nach diesen ersten Erfolgen verlor die Bewegung jedoch an Dynamik. In Chile schien die Geschlechterfrage mit der Ernennung einer Frauenministerin und der Errichtung des nationalen Fraueninstituts Sernam 1991 gelöst. Die Folge: »Der feministische Diskurs verlor an Radikalität. Während der 80er war die Idee von Familie noch in Frage gestellt worden, aber nun war dies unmöglich, als ob sich ein Bannfluch über das Thema gelegt habe,« erklärt die chilenische Feministin Alejandra Castillo. Diese Tendenz war in ganz Lateinamerika zu beobachten. Die Frauenbewegung wurde akade-misiert und einerseits von staatlichen Institutionen, andererseits von NGOs geschluckt. Die unweigerliche Spaltung zwischen »institutionalisierten« und »autonomen« Strömungen wurde spätestens auf dem VII. Feministischen Treffen Lateinamerikas und der Karibik in Cartagena 1996 offensichtlich.

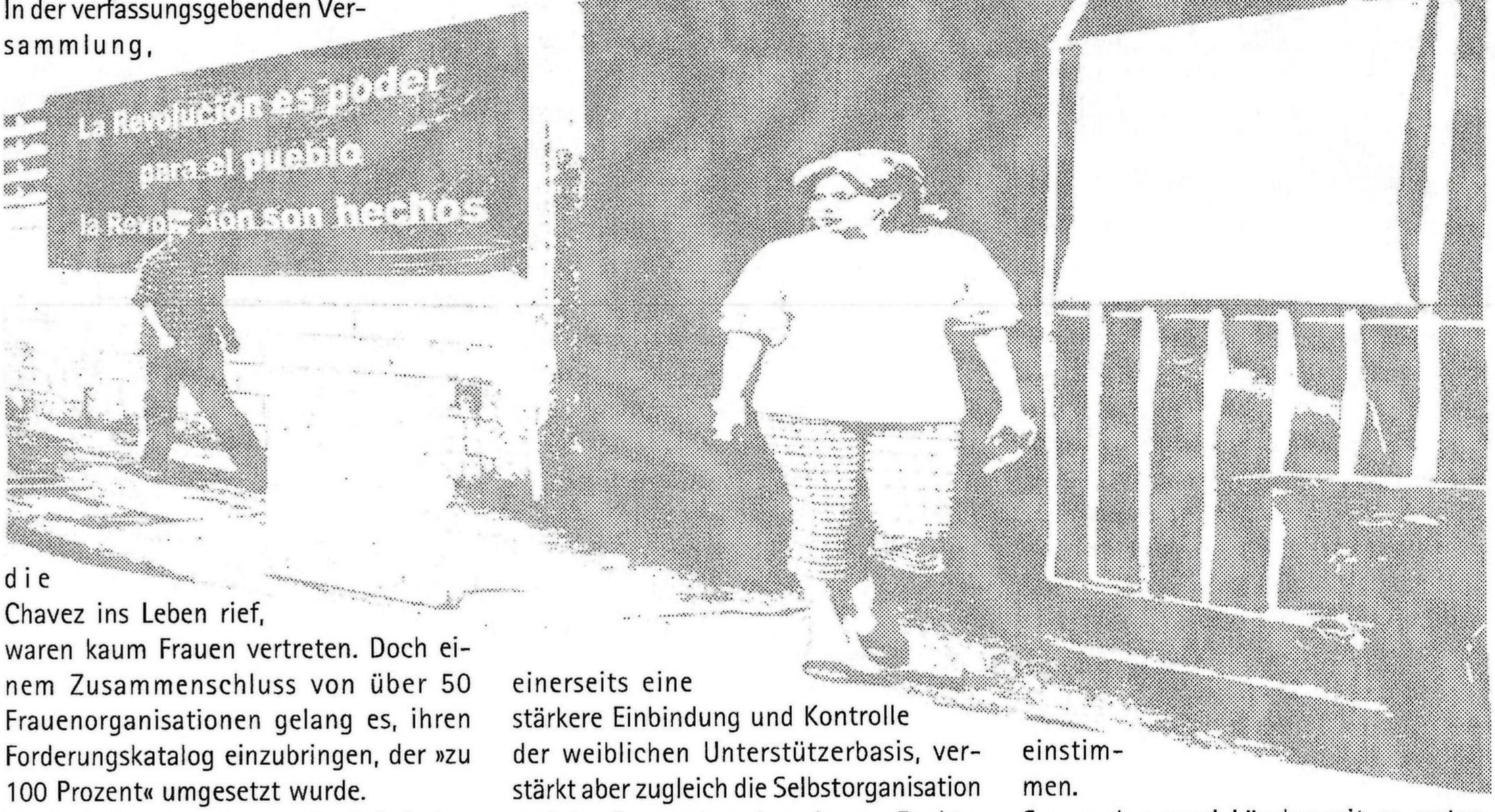
Abgesehen von einigen Änderungen gilt in Chile noch immer die unter Pinochet verabschiedete Verfassung von 1980. Erst seit gut einem Jahr sind Scheidungen offiziell erlaubt, Abtreibungen sind ohne Ausnahme verboten, und um die »Pille danach« legal nehmen zu dürfen, bedurfte es nach einem fünfjährigen Streit eines Urteils des Obersten Gerichtshofes. Die Repression und die konservative ideologische Prägung haben zusammen mit drei Jahrzehnten neoliberaler Umgestaltung eine zersplitterte Gesellschaft geschaffen, in der ein Rückzug ins Private als eine der wenigen übrig geblieben Sicherheiten scheint - keine guten Voraussetzungen für soziale Bewegungen oder radikales Infrage-Stellen bestehender (Geschlechter-) Verhält-nisse. Weniger als um Selbstbestimmung geht es um das Delegieren von Interessen an professionelle Vertreterinnen. »Es scheint nun zu genügen,« schreibt eine Gruppe argentinischer Feministinnen, »die bestehenden Demokratien ein wenig zu perfektionieren und den Gender-Aspekt in sie aufzunehmen, das heißt, einfach ein paar Frauen in das ausschließende patriarchale Modell des neoliberalen Kapitalismus einzuschließen.«

Geschenk der Freiheit

Venezuela liegt 10.000 Kilometer nördlich von Chile - und befindet sich nicht nur geographisch in vielerlei Hinsicht am

»anderen Ende« des südamerikanischen Kontinents. Von einer Diktatur blieb das Land in den letzten Jahrzehnten verschont, und seit Hugo Chavez 1998 den Prozess der »bolivarianischen Revolution« ausrief, herrscht im Land zugleich eine breite Mobilisierung wie eine tiefe Spaltung (vgl. S. 20-24). »Auch vor der Revolution kämpften kleine Gruppen von Frauen für ihre Rechte, aber der Prozess war sehr langsam«, berichtet die Präsidentin des nationalen Fraueninstituts INAMUJER, Maria Leon. Seit Chavez' Regierungsantritt hat sich in Sachen Frauenrechten viel getan, auch wenn die Initiative für diesen Prozess weniger von der Regierung ausging als von den Frauen selbst.

In der verfassungsgebenden Versammlung,



die Chavez ins Leben rief, waren kaum Frauen vertreten. Doch einem Zusammenschluss von über 50 Frauenorganisationen gelang es, ihren Forderungskatalog einzubringen, der »zu 100 Prozent« umgesetzt wurde.

Ergebnis ist eine der aus feministischer Sicht fortschrittlichsten Verfassungen der Welt, nicht nur aufgrund der durchgehend verwendeten geschlechtsneutralen Sprache. Vor allem der Artikel 88 der Verfassung kann als revolutionär gelten. Indem darin der ökonomische Wert häuslicher Arbeit und damit das Recht auf Entlohnung - anerkannt nicht geändert wird, weist er die traditionelle bürgerliche Trennung von produktiver »männlicher« Arbeits- und »weiblicher« Reproduktionssphäre zurück und nimmt eine ökonomiekritische feministische Position auf.

Doch ein Verfassungstext verändert die Realität noch lange nicht, noch nicht einmal die Gesetze: Auch wenn Hausfrauen nach Artikel 88 soziale Sicherung zusteht, hat es bisher noch keinen ernstzunehmenden Vorstoß in diese Richtung gegeben. Das »Gesetz über soziale Sicherheit« von Hausfrauen in Notlagen, welches vergangenes Jahr verabschiedet wurde, wird ob der kaum erfüllbaren Konditionen nur wenige Frauen erreichen. Und die klassische Arbeitsteilung des Mannes als Ernährer und der Frau als der allein Zuständigen für Haushalt und Kinder wird auch durch die Verabschiedung der Verfassung nicht aufgebrochen.

Dennoch: Anders als in Chile führt die hohe Mobilisierung der Bevölkerung dazu, dass vor allem auf lokaler Ebene Zusammenschlüsse entstehen, die sich aktiv für ihre Rechte einsetzen. Die vom INAMUJER initiierte Gründung von über 10.000 Frauentreffpunkten bewirkt einerseits eine stärkere Einbindung und Kontrolle der weiblichen Unterstützerbasis, verstärkt aber zugleich die Selbstorganisation und das Bewusstwerden eigener Rechte. Und die »Geschenke«, die Chavez seinen vor allem aus den ärmeren Schichten stammenden Anhängerinnen macht, haben vor allem den am stärksten benachteiligten unter den Frauen Chancen eröffnet, die sie zuvor nie hatten. Sie reichen von der politischen Partizipation über die Alphabetisierung bis hin zu staatlichen Kleinkrediten.

Akutes Ungleichgewicht

Der chavistische Diskurs von Gleichberechtigung auf allen Ebenen kann allerdings kaum darüber hinweg täuschen, dass gerade an der Führungsspitze des Landes ein akutes Ungleichgewicht herrscht. Während die politische Basis der regierenden Partei Bewegung 5.Republik (MVR) vor allem aus ehrenamtlich tätigen Frauen besteht, sind von 25 Ministerien gerade mal vier mit Frauen besetzt. Kein einziges widmet sich dem Schwerpunkt Frauen und Familie. Im neu gewählten Parlament nehmen Frauen nur 26 von 167 Sitzen ein. Die Kritik des neoliberalen Kapitalismus greift die patriarchalen Verhältnisse in der zutiefst machistischen Gesellschaft nicht an. Und die politische Polarisierung des Landes erschwert die Organisation einer starken Frauenbewegung zur Umsetzung weitergehender Rechte: Chávez-Anhängerinnen und Vertreterinnen der Opposition setzen sich nicht an einen Tisch, selbst wenn sie in ihren Forderungen übereinstimmen.

So werden zwei Länder mit so unterschiedlichen politischen Ausrichtungen wie Chile und Venzuela von einer Kluft geeint: fortschrittliche politische Entwicklungen auf der einen Seite, eine unverändert machistische Gesellschaft mit einem entsprechenden Alltag der Frauen auf der anderen Seite. Präsidentin Bachelet hat wie versprochen die Hälfte der Ministerien ihres Kabinetts mit Frauen besetzt. Und gleich in einem der ersten Interviews kündigte die zur Kulturministerin ernannte Schauspielerin Paulina Urrutia an, auf eigentlich gewünschte Kinder nun erst einmal zu verzichten, da sie das nicht mit ihrem Amt für vereinbar halte. Die Gleichberechtigung ist mit solchen Entwicklungen in Lateinamerika ein ganzes Stück vorangekommen. Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter benötigt jedoch noch viel Zeit.

In Deutschland arbeiten derzeit schätzungsweise 400.000 Frauen und Männer in der Prostitution. Davon sind ca. 60 Prozent Migrantinnen aus 35 verschiedenen Ländern, die Hälfte von ihnen aus Mittel- und Osteuropa. Viele dieser Arbeitsmigrantinnen wissen bereits bei der Ausreise um den Charakter ihrer künftigen Arbeit. Da die Mehrzahl jedoch über keinen legalen Aufenthaltsstatus verfügt, bleiben sie von rechtlichen, sozialen und medizinischen Strukturen ausgeschlossen. Das BKA spricht 2004 von 845 Fällen von Menschenhandel, 2003 von 1108. Ausgehend von den anfangs genannten Zahlen sind - bei aller Skepsis gegenüber Statistiken - demnach ungefähr ein Prozent der Sexarbeiterinnen Opfer von Menschenhandel.

Im Kontext der in Deutschland stattfindenden WM kursieren besorgte Hochrechnungen über zu erwartende gesteigerte „Zwangsprostitution". Der deutsche Frauenrat alarmierte unter Berufung auf die Frauenbeauftragte des Deutschen Städtetags, Ulrike Hauffe, mit einer Prognose von mehr als 30.000 Frauen, die zur WM eingeschleust werden sollen. Die taz zitierte trotz Skepsis die „bis zu 40.000" aus dem britischen Guardian. Und die Frauenzeitschrift Emma machte aus den mittlerweile vom Deutschen Städtetag dementierten „40.000" zusätzlichen Sexarbeiterinnen gleich „Zwangsprostituierte". Seitdem ist die Kampagne „Abpfiff - Schluss mit Zwangsprostitution" des deutschen Frauenrates Topthema.

Insgesamt konzentrieren sich im Vorfeld der WM 21 von 22 Kampagnen zum Thema Prostitution auf den Menschenhandel. Sie richten sich bundesweit an den Austragungsorten der WM, aber auch in den Herkunftsländern mit Telefonhotlines und Aktionen an Männer als potentielle Freier, sowie mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten an Prostituierte.

Zu Gast bei Freunden Die WM und das Bedrohungsszenario „Zwangsprostitution"

Von Martina Schuster, Almut Sülzle und Agnieszka Zimowska

Um 1900 wundert sich die Anarchistin Emma Goldman darüber, dass der Menschenhandel plötzlich in aller Munde sei, obwohl es keine neuen Erkenntnisse dazu gebe: „Die Prostitution war und ist weit verbreitet; gleichzeitig jedoch geht das Leben seinen gewohnten Gang, und niemand kümmert sich um das Elend und die Not der Leidtragenden." [1] Politiker und Medien begegneten diesem Thema mit moralischer Entrüstung, gleichzeitig fasziniere das Thema „Sex and Crime" die Öffentlichkeit. Verschwiegen werde dagegen, dass sich viele Frauen für die Prostitution entschieden, weil sie keine anderen Perspektiven hätten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Es seien die Gesetze und die gesellschaftliche Doppelmoral, die Prostituierte illegalisierten und damit erst in Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse trieben. Den medialen Diskurs im Jahre 2006 würde Emma Goldman sicherlich ähnlich kommentieren. Die überwiegende Mehrzahl der Prostituierten entscheidet sich auch heute bewusst für eine Tätigkeit im Sexgewerbe. Die Medienberichterstattung zum Thema „Zwangsprostitution" vermittelt dagegen andere Botschaften. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft sind „Zwangsprostitution" und „Frauenhandel" dominante Themen. Hintergrundberichte über getäuschte und verschleppte Frauen, insbesondere aus Osteuropa, Forderungen nach einer Bestrafung ihrer Freier und Heldenberichte über Rettungsaktionen von Opfern häufen sich. Eine schaurig lüsterne Mischung aus Sex, Gewalt, Geld und Männlichkeit bildet den Mittelpunkt vieler Berichte. Die Vermischung von Prostitutionsarbeit mit Menschenhandel brandmarkt Prostitution als moralisch verwerflich, und all diejenigen, die aussehen, als hätten sie keine deutsche Lohnsteuerkarte, erscheinen als mutmaßliche Opfer. Den wirklichen Opfern von Entführung, Freiheitsberaubung oder Vergewaltigung hilft diese mediale Aufregung jedoch nicht. Die Vermischung von Prostitution und Menschenhandel zur „Zwangsprostitution" zieht weit reichende Folgen nach sich, sowohl für die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen [2] jeglicher Herkunft als auch für die Migrationspraxis von Frauen aller Berufssparten - und das weit über die Fußball-Weltmeisterschaft hinaus.

Paternalistische Kontrolle

Die fehlende diskursive Trennung zwischen Sexarbeit als einer Tätigkeit zum Gelderwerb - nicht nur von Mi-grantinnen - und Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung hat zur Folge, dass diese vor allem für Frauen gängige Form von Migration tabuisiert und ihre AkteurInnen in ihren Rechten und in ihrer Selbstbestimmung ge-schwächt bis entmündigt werden. In paternalistischer Manier - „die Hure muss vor sich selbst geschützt werden" - werden Migrantinnen, die sich bewusst für die Arbeit in der Sexindustrie ent-scheiden, um so ihren Lebensunterhalt zu sichern, pauschalisierend zu Opfern krimineller Strukturen gemacht. Diese Vermischung und Kriminalisierung wendet den Blick weg von Ursachen weltweiter Migration wie ungerechter Verteilung von Wohlstand und viel-fältigen Diskriminierungen.

Migration und in ähnlichem Maße auch Prostitution werden im staatlichen Diskurs zur Bedrohung von Sicherheit - und verlangen somit nach Kontrolle. Insofern kann auch Migration in Verknüpfung mit Sexarbeit als Autonomiebestrebung gegenüber Kontrollinstanzen betrachtet werden. Jedoch birgt die Arbeit in der Prostitution jenseits legaler Wege die Gefahr, in Ausbeutungs-strukturen und Abhängigkeiten zu gelangen.

Mit der Umdeutung migrantischer Prostitution in Menschenhandel lenkt der Staat von seiner Rolle bei der Entstehung von Ausbeutungsverhält-nissen ab. Denn im vermeintlichen Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution weitet er Kontrollbefugnisse deutscher und europäischer Polizei- und Grenzbehörden aus, erleichtert und legitimiert Razzien und Abschiebungen und verstärkt Einreisekontrollen. Der EU-Justizkommissar Franco Frattini möchte nun mit Visaverschärfungen im Kontext der WM „Zwangsprostitution" verhindern. Die EU-Ratsvorsitzende Liese Prokop will Visa-Daten nutzen, um die Anreise aller Frauen aus ausgewählten Herkunftsländern zu kontrollieren, weil sie bei Großereignissen möglicherweise zur

Prostitution gezwungen werden könnten. Aber: die Stigmatisierung und Kriminalisierung migrantischer Sexarbeiterinnen erschwert deren Eintreten für Migrationsrechte und beschneidet ihre Möglichkeiten, juristisch gegen gewalttätige Angriffe vorzugehen. Die Illegalisierung migrantischer Sexarbeit verschärft also einen ohnehin gewaltanfälligen Bereich und dient darüber hinaus der Abschottung gegenüber allen MigrantInnen.

Deutsche Behörden subsumieren unter dem Begriff „Menschenhandel" sowohl Frauen, die (illegale) Migrationshilfen in Anspruch nehmen, um in Deutschland als Prostituierte zu arbeiten, als auch Frauen, die gegen ihren Willen nach Deutschland gebracht und zur Pros-titution gezwungen werden. Maß-nahmen, die auf die spezifische Situation der einzelnen Frau zugeschnitten sind, können so nicht getroffen werden. Um eine selbst bestimmte Zukunftspers-pektive zu entwickeln, brauchen von Menschenhandel betroffene Frauen einen gesicherten Aufenthaltsstatus, soziale und finanzielle Unterstützung sowie psychische (wie z.B. Trauma-therapie) und physische Rehabilitations-angebote. Sexarbeiterinnen, die selbst-gewählte Migrationswege gehen, um nach Deutschland zu kommen, brauchen vor allem eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, sowie Unterstützung in ihrer Professionalisierung z.B. im Steuerrecht. Die Vereinheitlichung als Opfer dagegen blendet die Realität vieler Frauen aus und erschwert ein Eintreten für ihre Rechte und Bedürfnisse.

Anerkennung statt Kriminalisierung

Auch für die Sexindustrie hat die Vermischung von Menschenhandel und Prostitution weit reichende Folgen. Jahre lange Bemühungen der Huren-bewegung um die Gleichstellung von Prostitution mit anderen Erwerbs-tätigkeiten werden zunichte gemacht. Wer derzeit an Prostitution denkt, verbindet sie meist mit Zwang, Gewalt oder Ausbeutung. Die Hurenorgani-sationen kritisieren, dass bereits die Bezeichnung „Zwangsprostitution" diese Klischees bediene. Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen von Zwangs-Aupairerei oder Zwangs-maurerei zu sprechen.

Als weitere Folge des derzeitigen Diskurses ist eine schleichende Entsolidarisierung deutscher mit ausländischen Prostituierten zu beobachten. Deutsche Sexarbeiterinnen führen oftmals die verstärkten Polizeikontrollen im Milieu auf die Anwesenheit von Migrantinnen zurück. Daneben machen sie Migrantinnen für eine Verwässerung von Standards (zum Beispiel der Kondombenutzung) verantwortlich.

Während die Viktimisierung der Frauen deren Handlungsmöglichkeiten einschränkt, wird an die Verantwortlichkeit der Freier appelliert. Sie sollen helfen, die Opfer von Menschenhandel zu lokalisieren und als Zeugen zu gewinnen. Gleichzeitig werden immer häufiger Forderungen laut, Freier von „Zwangsprostituierten" zu bestrafen. Erfahrungen aus Schweden haben allerdings gezeigt, dass eine Bestrafung von Freiern zu einer Verlagerung der Prostitution in die Illegalität führt und Gewalt und Abhängigkeit dadurch zunehmen. Expert-Innen bezweifeln zudem, dass Freier tatsächlich in der Lage sind, Opfer zu identifizieren. Sinnvoller sei es, die Prostitutionskunden zu motivieren, sich mit ihrem Freier-Sein auseinander zu setzen und sich selbst als Geschäftspartner von Prostituierten zu begreifen.

Die aktuelle Diskussion zeichnet für die Weltmeisterschaft das Bild eines Ausnahmezustands wilder Männlichkeit, einer Ansammlung zigtausender Freier in Deutschlands Städten. Das Bild der Fußballfans als gewalttätige und gefährliche Männerhorde steht dem staatlich verordneten Diktat der (Männer-)Gastfreundschaft unter dem Motto „zu Gast bei Freunden" unversöhnlich gegenüber. Mit der Realität haben wohl beide Vorstellungen wenig gemein. Wie bei Messen, Sportveranstaltungen und anderen Großereignissen, die männliche Gäste in die Stadt bringen, wird die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen auch während der Weltmeisterschaft ansteigen. Die Soziologin Christiane Howe, die seit zehn Jahren Lobbyarbeit für Prostituierte macht, hat jedoch im direkten Umfeld der Spiele Abstinenz beobachtet: „Vor, während und nach den Fußballspielen ist in den Bordellen tote Hose". Zum Teil, weil viele Fans in gemischtgeschlechtlichen Gruppen unterwegs sind, zum Teil, weil sie gemeinsam feiern und dabei viel Alkohol im Spiel ist. Nüchtern betrachtet geht es hier wohl eher um eine maßlose Überschätzung des wirtschaftlichen Potenzials der Weltmeisterschaftstouristen.

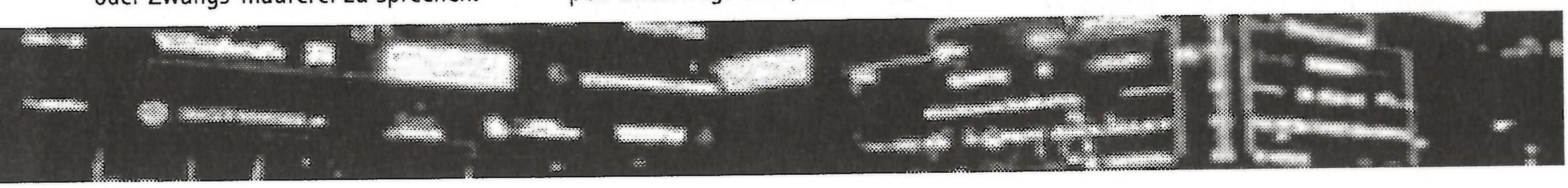
Wenn über Prostitution und Gewaltverhältnisse in der Prostitution gesprochen und geschrieben wird, fehlt zumeist eine Sichtweise gänzlich: die der Sexarbeiterinnen. Niemand fragt nach ihren Vorstellungen und selbst bestimmten Zukunftsperspektiven innerhalb und außerhalb der Prostitution. Auch nach hundert Jahren klingt Emma Goldmans abschließende Forderung so richtig wie aufrührerisch: „Nur eine aufgeklärte Öffentlichkeit, die sich frei gemacht hat von der gesetzlichen und moralischen Verfolgung der Prostituierten, kann einen Beitrag leisten zur Verbesserung der gegenwärtigen Zustände". Statt Medienkampagnen und verschärfte Grenzkontrollen zu fordern wäre ein Aufenthaltsrecht für Prostituierte während der WM ein Anfang, um Abhängigkeitsverhältnisse zu ent-kräften.

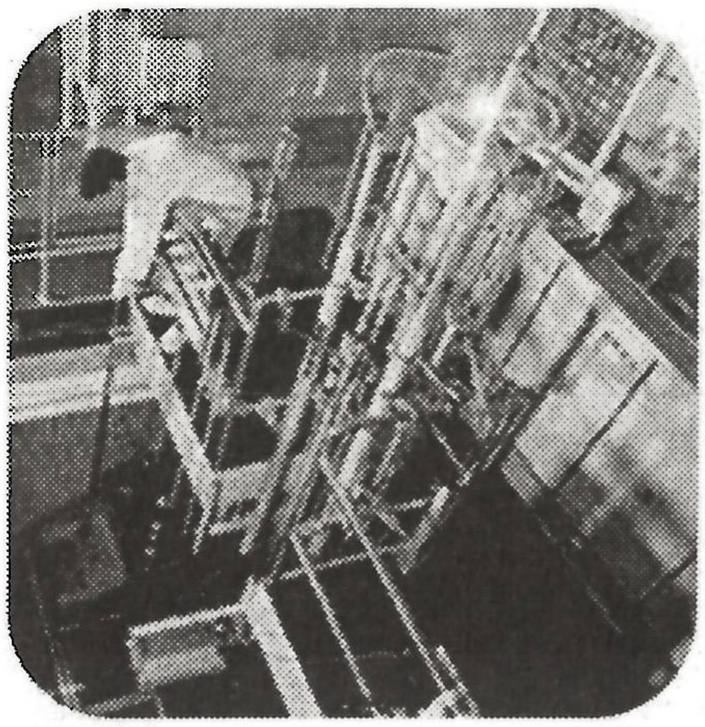
Links:
Sexarbeit: (in der Migration):
www.amnestyforwomen.de
www.hydra-ev.org
www.madonna-ev.de, www.busd.de.
Menschenhandel:
www.kok-potsdam.de www.ban-ying.de
www.abpfiff-zwangsprostitution.de
Freier:
www.freiersein.de

Anmerkungen:
1 Emma Goldman: Das Tragische an der Emanzipation der Frau. Berlin 1987, S.47-48. Zitat gekürzt.
2 Der Begriff Sexarbeit umfasst alle Arten sexueller Dienstleistungen. Er soll die bewusste Wahl der Tätigkeit und eine selbstbewusste Eigendefinition der ProtagonistInnen ausdrücken.

Martina Schuster ist Autorin des Buches „Kampf um Respekt. Eine ethnographische Studie über Sexarbeiterinnen. Tübingen 2003". Sie arbeitet bei service e.V. - Sex Workers Rights International. **Almut Sülzle** forscht über Fußballfans und Männlichkeit und promoviert in Europäischer Ethnologie in Marburg. **Agnieszka Zimowska** promoviert ebenfalls in Europäischer Ethnologie zu Arbeits- und Selbstverständnissen osteuropäischer Migrantinnen, die der Sexarbeit in Deutschland nachgehen.

aus der iz3w -Ausgabe Juni 2006





Gebiet existierten in den 80er Jahren nicht nur im GKSS, sondern auch im Kernforschungszentrum Karlsruhe, der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt und am eingangs erwähnten IPP Garching.

1947 gründete Diebner in Hamburg die Firma Durag. Ab Mai 1955 meldete er auch gemeinsam mit Professor Erich Bagge zahlreiche Reaktorpatente an. Darunter befinden sich unter anderem Patente zum Schnellen Brüter sowie zur Plutoniumgewinnung und -separation. Zwei Patentanmeldungen erfolgten 1955 zusammen mit Dr. Friedwardt Winterberg zu thermonuklearen Bomben (Mininuke, boosted weapon).

Am 4. März 1957 erschien Diebners Name in der deutschen Presse mit der Ankündigung, er habe das »Geheimnis der Kernverschmelzung« enträtselt. Das Nachrichtenmagazin Spiegel brachte am 20. März 1957 einen größeren Artikel darüber, doch die wissenschaftlichen Erwartungen konnten nicht erfüllt werden. Die Erforschung der Fusion blieb dennoch weiterhin Diebners Spezialgebiet und führte zu weiteren Patentanmeldungen.

Hitlers »Uranprojekt«

Erich Bagge arbeitete in der Nazizeit in der »Gruppe Diebner«, benannt nach dem schon erwähnten Leiter des Kernforschungsreferats in Hitlers Heereswaffenamt, Dr. Kurt Diebner. Die mit großem Enthusiasmus vorangetriebene Arbeit dieser Gruppe bestand in der Entwicklung einer deutschen Atombombe. 1939 war das Jahr, in dem der globale Wettlauf um die Atombombe begann. Von den Nazis wurde bereits Anfang 1939 der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und Mitglied im Reichsforschungsrat, Prof. Abraham Esau, mit der Organisation einer Geheimkonferenz beauftragt. Auf dieser Konferenz zum

»Uranproblem«, die in Berlin am 29. April 1939 stattfand, wurde eine Reihe von wichtigen Festlegungen getroffen. So wurden umgehend die in den böhmischen Gruben von Joachimsthal geförderten Uranerze der alleinigen deutschen Nutzung unterstellt. Das NS-»Uranprojekt« wurde ins Leben gerufen; deutsche Kernphysiker wurden in Forschungsgruppen zusammengefaßt, um effektiv an der Entwicklung der Atombombe zu arbeiten.

Parallel arbeiteten im Nazi-Deutschland Forschergruppen um Paul Harteck an der Uni Hamburg (später in Celle: Isotopentrennung!), um Heisenberg und Döpel an der Uni Leipzig, um Bothe am Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizin (KWI), Heidelberg, und um von Weizsäcker und Wirtz am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin an derselben Zielsetzung. Das Heereswaffenamt beschlagnahmte in der Folgezeit das KWI in Berlin und setzte dort Diebner als Leiter ein. Ziel der ab 1939 im »Uranprojekt« koordinierten Forschergruppen war wie eine Reihe erhaltener Unterlagen beweist die Schaffung der technischen Grundlagen zum Bau der Atombombe. Bereits im März 1943 hatte die Gruppe um Harteck herausgefunden, daß durch die Hintereinanderschaltung mehrerer Zentrifugen die nötige Anreicherung von Uran-235 erreicht werden kann.

Bagge bestritt zwar in späteren Jahren gelegentlich, jemals etwas mit der Entwicklung der Atombombe zu tun gehabt zu haben. Doch seine eigenen Schriften legen Zeugnis darüber ab, daß er eine zentrale Rolle bei dieser »kriegswichtigen Forschung« der Nazis gespielt hatte. Zusammen mit Diebner veröffentlichte er 1957 ein Taschenbuch, in dem auch sein Tagebuch über diese Zeit veröffentlicht ist (Bagge/Diebner/Jay: Von der Uranspaltung bis Calder Hall, Reinbek 1957). Zwischen 1941 und 1943 entwickelte Bagge die Isotopenschleuse, ein Gerät zur Anreicherung des Urans bis zu einem bombenfähigen Grad.

Auch Erich Bagge faßte nach dem Zweiten Weltkrieg in der jungen Bundesrepublik schnell wieder Fuß. Bereits 1948 wurde er zum Außerordentlichen Professor und Abteilungsleiter des Physikalischen Staatsinstituts in Hamburg berufen. Er gründet das Institut für Reine und Angewandte Kernphysik der Uni Kiel. Durch Professor Bagge bestand von Anfang an eine enge Verbindung mit dem Forschungsreaktor Geesthacht, der später durch die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS) als Trägerorganisation betrieben wurde.

Als Publikationsorgan gab Professor Bagge die Zeitschrift Atomkernenergie heraus. Mitherausgeber war Professor Kraut von der Bundeswehrhochschule in Neubiberg. Im erweiterten Herausgeberkreis sind die Namen Friedwardt Winterberg und Prof. Walter Seifritz zu finden. Letzterer ein Schweizer Atomwaffenspezialist vom Atomzentrum Würenlingen. Winterberg veröffentlichte in dieser Fachzeitschrift 1956 einen Beitrag, der technische Details verschiedener thermonuklearer Reaktionen behandelt und spezifische Kenntnisse von der Funktionsweise der Wasserstoffbombe verrät. Bei der Wasserstoffbombe handelt es sich um eine Atombombe, deren Wirkungsweise auf der Energiefreisetzung durch Kernfusion beruht. Bagge unterhielt auch immer enge politische Kontakte. Nach dem Zweiten Weltkrieg sicherte ihm sein Sitz in der Atomkommission Einfluß im Atomministerium. Er konnte sich zudem freundschaftlicher Beziehungen zum zuständigen Minister Franz Josef Strauß rühmen.

Neben Diebner und Bagge waren beim Aufbau der GKSS weitere Personen mit unrühmlicher Vergangenheit beteiligt. So Paul Harteck (auch er stand auf der Liste der zehn einflußreichsten deutschen Kernphysiker und gehörte während der NS-Zeit zur »Gruppe Diebner«) und der zum Generaldirektor der AG Weser aufgestiegene Heinrich Schliephake, der 1944 als Direktor bei Blohm+Voss maßgeblich bei der Einrichtung eines KZ-Außenlagers mitgewirkt hatte. Nachgewiesen werden können darüber hinaus Auftragsarbeiten der GKSS für die Bundeswehr in den 60er Jahren. Franz Josef Strauß, 1955 und 1956 Atomminister, von 1956 bis 1962 Wehrminister und von 1966 bis 1969 Finanzminister in einer »schwarz-roten« Bundesregierung, bekannte in seiner

Autobiographie stolz: Bereits 1958 hatten der deutsche, der französische und der britische Außenminister bei einem Geheimtreffen ein Abkommen zur geheimen Produktion von Atomwaffen unterzeichnet.
Die wissenschaftlichen Einrichtungen und Erkenntnisse der GKSS wurden insbesondere von der deutschen Industrie genutzt. Darunter befanden sich prominente Rüstungskonzerne wie MTU München, Rheinmetall, Rohde & Schwarz, HDW Kiel und das durch seine U-Boot-Blaupausen bekannte Ingenieurkontor Lübeck (IKL). Mehrfach arbeitete die GKSS auch direkt mit militärischen Einrichtungen zusammen, so mit den Bundeswehruniversitäten in Hamburg und München. In den 80er Jahren führte die Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz Bestrahlungsversuche in den Forschungsreaktoren der GKSS durch.

Mauer des Schweigens

Im November 2004 äußerte der Münchner Strahlenmediziner Edmund Lengfelder, Mitglied der Leukämie-Kommission, gegenüber der Süddeutschen Zeitung (2.11.2004) den Verdacht, daß es sich bei den gefundenen Mikrosphären um PAC-Kügelchen handele. Die Bezeichnung PAC leitet sich ab von den drei Isotopen Plutonium, Americium und Curium. Solche Kügelchen wurden als Bestandteile der Brennstoffkugeln des Hochtemperaturreaktors (THTR) in Hamm-Uentrop produziert, der nach nur zweijährigem Betrieb im Jahr 1989 stillgelegt werden mußte. Die im THTR eingesetzten Brennelementkugeln mit einem Durchmesser von rund sechs Zentimetern enthalten jeweils mehrere tausend PAC-Kügelchen. Diese oder ähnlich aufgebaute Mikrosphären könnten so Lengfelder auch benutzt werden, um damit unter Laserbeschuß nukleare Miniexplosionen auszulösen. Etliche Physiker aus dem Umfeld des GKSS veröffentlichten Publikationen in Fachzeitschriften, die ihr Interesse an eben jenen Experimenten belegen. Lengfelder vermutet, daß es am 12. September 1986 bei entsprechenden illegalen Experimenten zu einem schweren Unfall kam; ein solcher Hintergrund wäre ein plausibles Motiv für die hartnäckige »Mauer des Schweigens« (ZDF). Darüber hinaus ist es naheliegend, daß mit einem solchen Skandal 1986 in der Bundesrepublik nur ein halbes Jahr nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ein tatsächlicher Ausstieg aus der Atomenergie, wie er in Italien zu jener Zeit realisiert wurde, auch in der BRD besiegelt gewesen wäre. »Das Geständnis eines Unfalls (...) hätte den Atomenergie-Konzernen das Geschäft vermutlich auf Dauer verdorben«, so die Frankfurter Rundschau.

Ein weiterer Fund bestätigt die Vermutung Lengfelders: Der Berliner Physiker Sebastian Pflugbeil von der »Gesellschaft für Strahlenschutz« stieß auf Dokumente des MfS über bundesdeutsche Nuklearforschungen. In diesen Unterlagen der Abteilung 5 der Hauptabteilung XVIII von 1987 ist tatsächlich von »Mininukes« die Rede, an denen in der BRD gearbeitet werde und die man mit Hilfe eines Röntgen-Lasers zur Explosion bringen könne. Darin heißt es: »Interessanterweise sind in der letzten Zeit die erfolgversprechendsten Fusionskonzepte in einer ganz anderen Richtung angelegt worden«, die ergeben hätten, daß bei »Fusions-Fissions-Kügelchen eine andere Anwendung wesentlich interessanter ist«. Das werde »durch die Zielrichtung der US-amerikanischen Atompolitik unterstützt«, bei der »das Streben der Kernwaffenforschung eindeutig zu kleineren und leichteren Kernladungen (...) geht«. Weiter ist in diesem MfS-Dokument die Rede von Kügelchen mit Abmessungen im Millimeter- bis Zentimeterbereich, die enorme Sprengstärken entwickeln. Gegen diesen Dokumentenfund des früheren DDR-Bürgerrechtlers Pflugbeil wurde auffallend schnell das Totschlagargument in Stellung gebracht, sämtliche Stasi-Unterlagen seien allein zur Desinformation produziert worden.

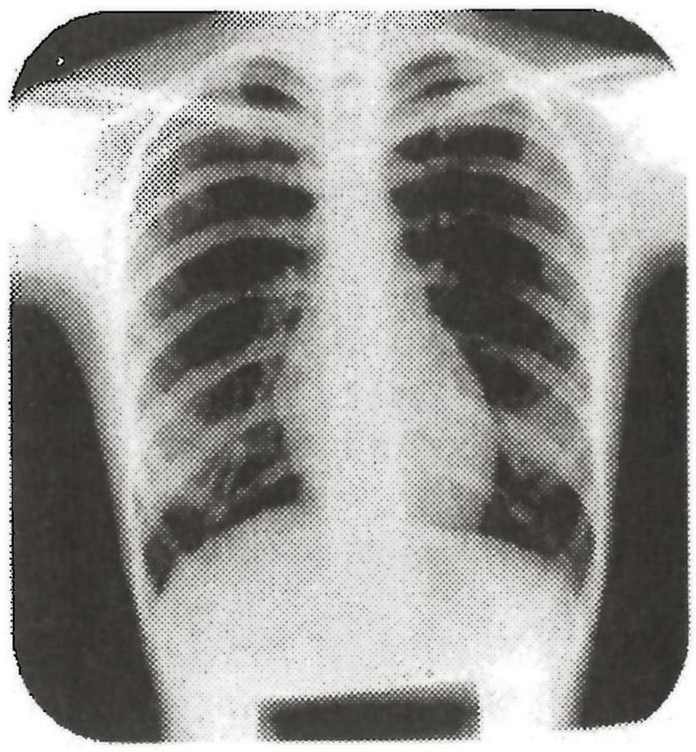
Aufklärung blockiert

Der Brand in der GKSS war nicht der einzige größere Unfall in jener Zeit, der unter den Teppich gekehrt werden sollte. Im Januar 1987 ereignete sich eine Explosion im NUKEM-Werk in Hanau, die nicht völlig vertuscht werden konnte. Nach offiziellen Angaben wurde bei der »Panne« lediglich eine Person durch Freisetzung von Plutonium aus einer kleinen Probe kontaminiert. Laut Aussagen eines mit der Untersuchung der Betroffenen betrauten Wissenschaftlers seien jedoch tatsächlich 36 Arbeiter einer Strahlendosis weit über dem zulässigen Grenzwert ausgesetzt gewesen. Viele dieser Arbeiter seien heute an Krebs erkrankt, doch sie würden nicht an die Öffentlichkeit gehen, weil sie um ihre Betriebsrente fürchteten.

Als das von der Explosion zerstörte Gebäude in Hanau 2003 abgerissen und nach den entsprechenden Entsorgungsrichtlinien abgetragen wurde, war die Beteiligung der örtlichen Behörden unvermeidbar. NUKEM-Ingenieur Paul Börner äußerte während dieser Arbeiten gegenüber einem Beamten: »Jetzt, wo es verjährt ist, kann ich es Ihnen ja sagen: Das ist das Gebäude, das uns damals hochgegangen ist.« Protokolliert ist diese Aussage in den Akten der Hanauer Staatsanwaltschaft. Anfang 1987 war Joseph Fischer Umweltminister in Hessen. Laut Zeugen war er vom Ausmaß des Unfalls in Hanau, sowohl von den Hintergründen als auch von den Folgen, umfänglich informiert. Auch er hielt dicht.

In der Umgebung der Unfallstelle in Hanau fanden sich ebenfalls ominöse Brennstoffkügelchen. Im Unterschied zu jenen in der Umgebung von Geesthacht hatten sie jedoch keine auffällige Häufung von Leukämiefällen zur Folge. Wurde in Geesthacht und in Hanau an verschiedenen Konzepten zur Entwicklung der Mini-Atombombe geforscht? Eine genauere Untersuchung der verschiedenen Mikrosphären mit Durchmessern von fünf, 20 und 50 Mikrometern hätte längst darüber Aufschluß geben können. Doch eine Aufklärung konnte bislang von einer gemeinsamen Front aus Atommafia, Behörden und Politikern jeglicher Couleur blockiert werden.

geschrieben von Klaus Schramm in der jungle world



Sweet Home Antifa
Happy Family II+III

Wozu brauche ich Tanten, Onkel, Frau und Kind? Ich hab ja die Antifa. Irgendeine Politgruppe und dazu die gesamte Szene. Man kennt sich seit Jahren, mit vielen habe ich schon in dieser oder jener WG oder einem Hausprojekt zusammengewohnt. Mit der Hälfte der Szene habe ich schon am Frühstückstisch gesessen. Und mit nicht wenigen auch die Nacht davor verbracht.

Für so manchen Antifa ist es ganz normal, zu einer Party zu gehen, wo zwei Ex-Freundinnen anwesend sind und fünf Frauen, mit denen mal irgendetwas lief. Da das auf solch einer Party den meisten so geht, Männern wie Frauen, kann man ohne weiteres von ausgedehntem Szene-Inzest sprechen.

Selbstverständlich geht es wie in jeder guten Familie auch in unserer nicht nur um Sex. Gemeinsame Unternehmungen und Freizeitgestaltung, gegenseitige Unterstützung, Arbeitsteilung und ein soziales Netz gehören auch dazu. Und so treffen wir uns nicht nur beim WG-Spieleabend, in der Demokette, auf Partys, bei Umzügen und Gruppentreffen, sondern fahren auch mal zusammen in Urlaub, pumpen einander Geld und schanzen uns Jobs bei dieser oder jener Stiftung, Gewerkschaft, Kneipe oder Security-Firma zu.

Manchmal gibt es politische Verwerfungen oder Gruppen spalten sich, oder irgendjemand, der mit irgendjemandem bekannt ist, mit dem man selbst bekannt ist, bekommt einen Sexismusvorwurf oder einen Antisemitismusvorwurf oder einen Antideutschenvorwurf. Da muss man dann durch. Aber Blut ist ja bekanntlich dicker als Wasser. Man trifft sich fortan nicht mehr beim Plenum und in der Demokette, sondern nur noch bei Partys, Umzügen und WG-Spieleabenden.

Eigentlich kann nichts unsere Familienidylle stören. Außer einer konkurrierenden Familie. Wenn jemand mit seiner Freundin oder seinem Freund zusammenzieht oder gar ein Kind bekommt, dann ist er oder sie natürlich raus. Nein, nein, kein Rausschmiss oder so. Man läuft sich bloß nicht mehr so häufig über den Weg. Ist doch ganz natürlich. Der Umzug eines Szenepärchens in die gemeinsame Wohnung ist in der Regel der letzte Umzug, bei dem man die beiden zu Gesicht bekommt. Zwei Jahre später auf dem My-Fest lernt man dann den kleinen Jonas oder die kleine Paula kennen. Süß! Und keiner nimmt irgendwem seine Abkehr von der Antifa-Familie übel, da sind wir unglaublich tolerant. Schließlich gibt es noch genug Genossinnen und Genossen, mit denen man eine Demokette oder ein WG bilden, eine Party schmeißen oder Monopoly spielen kann, und auch beim nächsten Umzug steht man nicht alleine da.

Und außerdem gibt es wie in jeder Familie auch bei uns Nachwuchs. Die Jungs und Mädels von der Jugend-Antifa sind inzwischen im geschlechtsreifen Alter und haben auch schon ganz vernünftige Ansichten zu Politik und Leben und so. Zudem geben sie uns das gute Gefühl, noch nicht zum alten Eisen zu gehören.

So viel Familie hat Ursula von der Leyen noch nie gehabt, und wenn sie alle Kinder, Omas, Opas und Kusinen zusammenrechnet. Die soll sich an uns mal ein Beispiel nehmen, diese individualistische Egotante!

ivo bozic, geklaut aus der jungle world

Huch, bald ist wieder 1. Mai. Arbeiterkampfttag hieß das mal, jedenfalls dann, als es noch politische Lager und Arbeiter gab. Der Traditionsverein Alhambra e.V. lädt wie alle Jahre wieder zur revolutionär-autonomen 1. Mai-Demo ein und gibt passenderweise dazu ein Plakat heraus. Dieses wollen wir doch einmal einer ästhetischen Kritik unterziehen.

Zuerst fällt das dominierende Schwarz ins geneigte Auge, eine Hintergrundfarbe, die als Eyecatcher denkbar ungeeignet ist. Man sieht sie schlecht und vor allem nicht während des regnerischen Oldenburger Frühlings, bei dem die Sonne der Freiheit ständig von reaktionären Regenwolken, die einfach nicht einsehen wollen,
das ihre Zeit vorbei ist, verdeckt wird.

In der Kopfzeile findet sich zweizeilig eine eher dürftige Schreibschrift, die anscheinend auch noch unproportional skaliert wurde, eine typographische Todsünde. Merke: ich skaliere meine Schriften nicht. Niemals. Kein Fußbreit den Typoskalierern!

Der Slogan "Wat mutt dat mutt", von der Wortwahl eher rustikal und an den typischen Oldenburger appellierend, ist in einem Magenta und einer merkwürdigen, wahrscheinlich als Nebenprodukt beim Pinselreinigen entstandenen, Kalligraphie gesetzt und sticht schon ein wenig mehr heraus. Aus einiger Entfernung ist das aber leider nicht lesbar.

Die linke -sic!- Hälfte des Plakates wird von einer unfreundlich dreinblickenden jungen Dame mit Megaphon eingenommen, hier hat man ein s/w-Bitmap der Einfacheit grün eingefärbt. Grün ist die Farbe der Hoffnung und im Alhambra hat Ernst Bloch anscheinend noch eine Heimstatt. Vielleicht soll es auch an die rudimentär vorhandenen ehemals revolutionären Bestrebungen der nun im Dobbenviertel angekommenen Ex-Studenten und bürgerlichen Grünen der roten Kaderschmiede erinnern und so ein paar Apologeten der Birkenstock-Fraktion der Teilnahme am Mai-Umzug gemahnen? Wer weiß das? Nun, die Motivwahl ist eher unglücklich, eine mit eher verzerrtem Gesicht in eine Flüstertüte gröhlende Lederjackenträgerin aus dem FemRef ist vielleicht nicht geeignet Sympathien zu wecken. Beim nächsten Mal lieber ein kleines Kind mit großen Augen und ein Hundebaby, das zieht immer.

Daneben findet sich das durch ein Herz ergänzte eiserne Kreuz der Autonomen, ein schwarzer Stern. Auch über diese Motivpaarung kann spekuliert werden. Hat Politik neuerdings etwas mit Emotionen zu tun? Lädt man gar zum flauschigen Kuschel-In mit Roiboos-Tee und Ton Steine Scherben-Session im Anschluß an die Demonstration? Keck balanciert der Stern auf einem Fuße, nach -na?- links geneigt um auch dem letzten Unwissenden klar zu machen, das das Herz links ist. Da die Darstellung aber spiegelverkehrt ist, liegt das Herz hier rechts. Wahrscheinlich nur ein Nebenwiderspruch.

Es folgt ein nichtssagender Slogan aus der Mottenkiste sozialer Bewegungen, zumindest hier hat man die Grundmotive der Werbung verstanden. Unterzeichnet ist das Ganze vom Bündnis "Reiche streichen!", fragt sich nur, in welcher Farbe. Wenn das Plakat die Palette der erhältlichen Farben wiedergibt, dürfte man die oldenburger Besserverdienenden bald daran erkennen, daß sie monochrom magenta, grün oder schwarz angepinselt daherkommen. Das wird dann auf jeden Fall immer ein lustiges Stelldichein im Malör. Kostet das das dann was, das Färben, und wie ist es, wenn der Anstrich erneuert werden muß?
Und wer bekommt die Einnahmen?

Verdammt, daran haben wir nicht gedacht: Plenum!

Plakatkritik:
"Wat mutt dat mutt"

April 17th, 2006
by mario f.

www.provinznest.de

TERMINE

Fr. 2.6. 22:00 Reggae Corner
Sa. 3.6. 22:00 Homophilias - Party für Lesben & Schwule
So. 4.6. 21:00 Crush Hour Concerts: La Casa Fantom
Fr. 9.6. 22:00 Step Step Step Party
Sa. 10.6. 22:00 Transgender-Disko
Mo. 12.6. 20:30 Veranstaltung des Antirassismus-Plenums
Fr. 16.6. 23:00 Psyrocker Psytrance Party
Sa. 17.6. 22:00 Männerfabrik
Fr. 23.6. 22:00 Graffiti ain`t a Crime -Soli-Party
Sa. 24.6. 22:00 Rosa Disco

REGELMÄSSIGES

Mo. 18:00 Archiv * 18:00 Crush Hour Concerts * 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe "Kaluppe" * 18:00 SchülerInnenbündnis "Swimmy"
* 19:00 Vokü, danach Kneipe * 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:
1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum